

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.

**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 14. August. Se. Majestät der König haben Allerhöchst ge-  
ruht: Dem Kommerzienratte Septimie Avigdor in Rüge den königlichen  
Kronen-Orden dritter Klasse zu verleihen; den Rittmeister im Magdeburgi-  
schen Dragoner-Regiment Nr. 6 Pfeffer unter dem Namen „Pfeffer  
von Salomon“ in den Adelstand zu erheben; sowie den Professor Dr. H.  
Fitting zu Basel zum ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät und  
den Dr. Julius Kühn zum ordentlichen Professor der Landwirthschaft in  
der philosophischen Fakultät der Universität zu Halle zu ernennen; ferner dem  
Grafen von Orlolla auf Oehlbernsdorf im Kreise Grünberg die Erlaub-  
nis zur Anlegung des St. Gregorius-Ordens zu ertheilen.

Der außerordentliche Professor und Vicentiat der Theologie Eduard  
Karl August Reich in Heidelberg ist zum außerordentlichen Professor in  
der theologischen Fakultät der Königl. Universität zu Halle ernannt worden.

Bei der heute fortgesetztenziehung der 2. Klasse 126. Königlichen  
Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 10,000 Thlr. auf Nr. 21,142, 1  
Gewinn von 2000 Thlr. auf Nr. 56,948. 2 Gewinne zu 600 Thlr. fielen  
auf Nr. 32,429 und 36,832, 2 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 79,043 und  
93,079 und 5 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 31,434, 41,195, 53,406, 63,209  
und 89,513.

Berlin, den 13. August 1862.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

## Telegramme der Posener Zeitung.

London, Mittwoch 13. August. Mit dem Dampfer „North American“ eingetroffene Berichte aus New York vom 1. d. Abends melden, daß die Stellung Mac Clellan's zwar gut zur Vertheidigung, aber zum Angriff oder zum Rückzuge wenig geeignet sei. Die Konföderirten, welche jetzt eine Stellung am Sond Chicahominy hinter Mac Clellan inne haben, okkupiren den Jamesfluss unterhalb Mac Clellans und zwischen Mac Clellan und Richmond, wo von beiden Seiten starke Batterien errichtet worden sind. Es heißt, General Jackson bereite sich vor, Mac Clellan oder Pope anzugreifen. Ein Theil der Kanonenbootflotte der Unionisten ist zu Hampton Roads eingetroffen. Man nimmt an, daß er zur Bezeugung des Forts Darling verwendet werden solle. Zwei neue Panzerschiffe der Konföderirten sind im Jamesflusse erschienen. General Pope ist über Warrenton hinaus vorgerückt. Gerüchtweise hieß es, daß von den Konföderirten in England gekaufte Panzerschiffe die Blokade vor Mobile durchbrochen hätten. Das Gerücht wurde zwar nicht geglaubt, verursachte aber große Aufregung. Die Guerillas sind in den Mittelstaaten sehr thätig. Man glaubt, die allgemeine Konskription werde im Staate Newyork Mitte August beginnen.

Turin, Mittwoch 13. August. Aus Palermo wird vom gestrigen Tage gemeldet, daß Garibaldi am Morgen nach Galtanissetta zurückgekehrt und Abends wieder nach Castrogiovanni abgereist sei. Die bei Girgenti befindlichen Freiwilligen haben Befehl erhalten, sich in Castrogiovanni zu vereinigen. Man glaubt, daß Garibaldi noch immer sein Augenmerk auf Messina habe. Die Regierung hat darüber berathen, die politische Autorität in ganz Sicilien in die Hand des Generals Cingia zu legen.

Warschau, Mittwoch 13. August. Gestern hat zur Feier des Jahrestages der Vereinigung Polens mit Litauen eine Volksdemonstration stattgefunden. Die Frauen erschienen in Festkleidern mit dreifarbigem Schärpen. Die Handwerker hatten die Arbeit eingestellt; die Kirchen waren stark besucht.

## Der Sprachenstreit in der Provinz Posen.

L.

Die Sprachen haben ihre Schicksale, wie die Völker, deren Geistesleben in ihnen seinen Ausdruck findet. Wir sehen sie aus rohen barbarischen Anfängen sich entwickeln, sich hindurcharbeiten zu einem kräftigen individuellen Charakter, sehen sie zunehmend an Reichtum und Mannigfaltigkeit der Formen und Bildungen, an Zahl, Schönheit und Gehalt der Erzeugnisse; bald ist ihnen eine dauernde, bald eine nur ephemere Blüthezeit beschieden, um dann langsam oder schnell wieder zu sinken, sich zu verschleifen und zu vermischen mit anderen Idiomen, ihre Selbstständigkeit einzubüßen und endlich sich aufzulösen und zu zerlegen in ihre Elemente, oder auch je nach Neigung und Bedürfnis der Nachkommen noch als tote Sprachen ein muntermhaftes Wesen fortzufrieten. Sie rivalisieren unter einander wie die Völker mit ihren Produkten, und wo sie benachbarte Gebiete inne haben, da liegen sie immer im Streit um die Grenzen ihrer Herrschaft, und immer liegen die Grenzgebiete tatsächlich im Gemenge. Eine definitive Regulierung findet niemals statt; nach welcher Seite hin die Ausdehnung, nach welcher die allmäßige Zurückdrängung der Herrschaft erfolgt, darüber entscheidet schließlich das gegenseitige Machtverhältniß des Volkstums und der Lauf der Politik.

Jenen ewigen Prozeß der Sprachen untereinander zu beobachten und darzustellen ist Sache des Sprachforschers und des Kulturhistorikers. Der Sprachenstreit, dessen Schauplatz gegenwärtig unsere Provinz ist, hat außer den allgemeinsten Voraussetzungen wenig mehr mit jenem ge-

mein. Die Erscheinung ist eine durchaus neue und ziemlich weit verschieden von den Konflikten in ihrem stillen und gleichmäßigen Verlauf, wie sie unsere Muttersprache überall mit den benachbarten Idiomen, mit dem dänischen im Norden, dem Wallonischen im Nordwesten, mit dem Französischen am Rhein, mit dem Italienischen im Süden, mit dem Romanischen, Ungarischen, Tschechischen in Ostreich durchzukämpfen hat. Hier, möchte man sagen, kämpfen kaum noch die Sprachen, es kämpfen die Worte und Buchstaben miteinander. Es fehlt nicht viel, daß man sich die Lettern gegenseitig an den Kopf wirft, um sich von der Überlegenheit und dem besseren Recht der einen Sprache über die andere zu überzeugen. Hier hat man sich darein verraunt, daß die Sprachen nicht, wie es sonst die Natur der Dinge mit sich bringt, dem Schicksale der Nationen und Nationalitäten folgen, sondern daß sie selbst dieses Schicksal bedingen sollen. Sie sind Agitationsmittel geworden, sei es für die angeblichen Germanisirungstreben des preußischen Regiments, sei es für die politischen Sonderbestrebungen des Polenthums. Sie sind die Waffen geworden, mit denen die polnische Bewegungspartei die Existenz preußischer Behörden und des deutschen Beamtenthums in der Provinz Posen befriedet. Daß mit dem Augenblicke, wo das polnische Nationalgefühl in Folge irgend welcher äußerer Anregungen wieder stärker zu pulsiren begann, auch die Anhänglichkeit an die nationale Sprache sich verstärken müßte, war natürlich und selbstverständlich. Natur- und sachgemäß wäre es dann auch gewesen, diesem Nationalgefühl durch eine lebendigere Pflege der Muttersprache, Reinigung ihrer Formen von den zahllosen Germanismen, Förderung ihrer Bildungsanstalten, Hebung ihrer Literatur Ausdruck zu geben. Niemand hätte dies den Polen verdacht und wir Deutschen am allerwenigsten, die wir immer eine Schwäche für humane Bestrebungen in sehr ausgebildetem Grade besitzen. Alle Welt würde mit Interesse einem solchen Versuche zugesehen haben, heute der polnischen Sprache gegenüber der deutschen das wieder zurückzugewinnen, was die erstere durch Jahrhunderte hindurch verabsäumt und eingebüßt, die letztere sich erobert und errungen hat. Sowie man aber diese Ziele als die entfernteren und mühsameren im Hintergrund sieht, sie als fromme Wünsche und volltönende Phrasen behandelte, statt dessen aber die Sprache für die nächsten praktischen Zwecke der Agitation in einer unendlichen Reihe von Nergelien und Ranken mit den preußischen Behörden ausbeutete, und hierin den Schwerpunkt des Streits legte, da hat der Sprachenstreit bei uns das Verzerrte, Fratzenhafte, Widerwärtige erhalten, das den Außenstehenden abstößt, und uns, die wir mitten darin sind, anekelt.

Es gehört zu den habituellen Gewohnheiten des konstitutionalismus, daß er überall, wo er im Volksleben eine Störung ein Uebel zu erblicken glaubt, sofort mit der Panacee einer legislativen Reform bei der Hand ist. So hat denn auch das Abgeordnetenhaus vom Jahre 1858 es als ein Bedürfnis ausgesprochen, daß in der Sprachenfrage die Gesetzgebung die Wirren zu schlichten und den Missständen Abhilfe zu bringen habe. Die Regierung versuchte der Aufforderung nachzukommen. Ein Gesetzentwurf wurde ausgearbeitet, jedoch noch in den ersten Stadien provinzieller Vorberathungen wieder bei Seite gelegt. Ob man früher oder später auf diesen Weg der Legislative wieder zurückkommen wird, steht dahin. Wir wollen im Folgenden den Nachweis zu führen versuchen, daß die Gesetzgebung weder im Stande ist, noch Veranlassung hat, mit den Mitteln neuer Gesetzesparagraphen die Konflikte, wie sie hier vorliegen, zum Austrage zu bringen.

## Deutschland.

**Prußen.** Berlin, 13. August. [Destreichische Bundesreformversuch.] Das Resultat der Konferenzen, welche behufs Herbeiführung einer Bundesreform in Wien abgehalten worden und nunmehr beendet sind, ist auch der diesseitigen Regierung mit dem Antrag des Beitratts zu demselben mitgetheilt. Es ist schon früher darauf hingewiesen, daß die Haupthache aller Bundesreform, die Executive, in jenen Konferenzen einen Gegenstand der Berathung nicht bildete, und schon deshalb ist nicht der mindeste Erfolg von denselben zu erwarten. Dazu kommt, daß der Vorschlag zur Konstituierung von Fachkommissionen, welche einem Bundesausschuß das Material für die Reformgegenstände demnächst einenden sollen, aller Lebensfähigkeit erlangt und auch dadurch nicht schmackhafter wird, daß diesen Kommissionen Delegirte der deutschen Kammer mit berathender Stimme hinzutreten sollen. Es versteht sich von selbst, daß weder der Bundesausschuß noch die Kommissionen, noch auch die sogenannten Delegirten der einzelnen Volksvertretungen irgend eine gesetzgeberische Thätigkeit auszuüben befugt sind, der ganz weitläufige Apparat mithin durchaus als ein übertriebener Luxus erscheint. Was aber den Bundestag selbst betrifft, so wird Niemand demselben, zumal in seiner dermaligen Organisation, eine gesetzgebende Gewalt in Betreff der inneren Verhältnisse der Einzelstaaten einräumen wollen. Schon in der Circulardepeche der diesseitigen Regierung vom 6. Juni 1860 wurde als Grundsatz aufgestellt: „Dass die Einwirkung der Bundesversammlung auf die inneren Verhältnisse der Einzelstaaten und namentlich auf die Verfassungsverhältnisse der letzteren auf das genaueste Maß ihrer allseitigen Anerkannten Kompetenz beschränkt werden müsse u. s. w.“ Aus diesem Grunde hat denn auch unsere Regierung es abgelehnt, auf die Vorschläge Destreichs und der Würzburger einzugehen. Unsere Landesvertretung würde übrigens gleichfalls schwierig gewillt sein, zu einer Scheinvorstellung sich delegirten zu lassen, von der vorauszusehen, daß sie im glücklichsten Falle doch nur das „schätzbare Material“ des Bundesarchivs um einige Nummern bereichern würde. Wie vorauszusehen war, hat nun bekanntlich auch Württemberg seinen Beitritt zu den französischen Handelsverträge unter ähnlichen nichtssagenden Verlausulirungen wie Bayern abgelehnt. Preußen wird nunmehr, ohne sich irgend zu Verhandlungen bereit finden zu lassen, solche Einrichtungen treffen, die seinen eigenen Gewerbs- und Handelsinteressen entsprechen.

(Berlin, 13. August. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König ist heute Nachmittags 4½ Uhr, in Begleitung der Flügel-

**Inserate**  
(1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

adjutanten Oberstleutnants Prinz zu Hohenlohe und des Majors von Löe, im besten Wohlsein von Stettin hierher zurückgekehrt und hatte bald nach seiner Ankunft eine längere Konferenz mit dem Minister v. d. Heydt. Der Kronprinz traf heute Nachmittags von Potsdam hier ein, empfing auf dem Bahnhofe in dem k. Wartezimmer den Staatsminister a. D. v. Auerswald, fuhr darauf nach der Jungfernhaide, wohnte dort dem Schießen des 2. Garderegiments bei und kehrte schon um 5 Uhr wieder nach Potsdam zurück. Morgen früh kommt der Kronprinz mit dem Prinzen Karl zu dem Cavalleriemanöver auf dem Tempelhofer Felde wieder nach Berlin. Dem k. Hofe ist die Nachricht von dem bedenklichen Gesundheitszustande der Frau Herzogin von Sachsen zugegangen. Die hohe Patientin soll von den Ärzten bereits aufgegeben sein. — Ueber die Reise des Königs nach Ostende erfährt man auch heute noch nichts zuverlässiges. Entschließt sich der König nach beendigtem Cavalleriemanöver dazu, so befindet sich Herr v. Auerswald in seiner Begleitung, wo nicht, so geht Herr v. Auerswald am Sonntag auf einige Zeit zum Besuch seines Schwiegersohnes, des Schloßhauptmanns von Königsberg, Grafen zu Dohna, nach Schlobitten bei Mühlhausen in Ostpreußen. Herrn v. Auerswald ist der Aufenthalt in Karlsbad und Gastein außerordentlich gut bekommen und er ist wahrsch. verjüngt zu uns zurückgekehrt. Wer ihn vor Monaten bei seiner Abreise gesehen hat, muß staunen über die Wirkung dieser Badkur. In Karlsbad hat sich derselbe 7 Wochen aufgehalten und in Gastein 21 Bäder gerommen. In Salzburg wurde er, wie ich höre, durch Briefe bestimmt, seinen früheren Reiseplan aufzugeben und von dort aus sofort hierher zurückzukehren. — Der General-Feldmarschall v. Wrangel gab heute ein großes militärisches Diner. Der Oberpräsident v. Pommer-Esche ist heute nach einer Anwesenheit von 6 Tagen wieder auf seinen Posten nach Koblenz zurückgekehrt. — Die jungen Studirenden der Bauakademie machen bekanntlich seit drei Jahren während des Sommers eine Studienreise nach solchen Gegenden, in welchen sich mittelalterliche Bauwerke oder bedeutende Eisenbahnbauten befinden. Das erste Mal ging die Reise nach der Provinz Preußen; im Jahre darauf nach Thüringen bis Eisenach und im vorigen Jahre wurden die berühmten Bauwerke Magdeburgs, Halbersts und Braunschweigs besucht. Am 15. d. M. wird die vierte Studienreise, an welcher etwa 60 Studirende teilnehmen und die 12 Tage dauert, angetreten. Dieselbe nimmt ihren Weg über Altenburg, Coburg, Bamberg bis Nürnberg. Die Direktoren wechseln in der Führung ab; diesmal hat solche der Geheimrat Stüler. Die betreffenden Eisenbahnverwaltungen haben dieser Reisegesellschaft bereitwillig eine Fahrtkosten-Gewährung gewoxt, welche hat sogar noch die vorige Exkursion.

[Zur Militärfrage.] In parlamentarischen Kreisen, schreibt man der R. Z. von hier, macht man sich schon darauf gefaßt, daß es zu der lang erwarteten Militär-Debatte im Plenum voraussichtlich in dieser Session gar nicht mehr kommt. Denn entweder siegt die im Kriegsministerium vertretene Ansicht und dann kommt es schon vorher zum Bruch, oder man entschließt sich im Staatsministerium infolge zu einem Vermittelungs-Versuch, daß man auf gesetzliche Regulirung der Militärfrage eingeht, dann bedarf man zur Ausarbeitung der nötigen Vorlagen einer Vertagung und jedenfalls werden die jetzigen Verhandlungen der Budget-Kommission überflüssig, so daß schon deshalb eine Vertagung eintreten muß. Natürlich ist das, wenn auch immerhin in sich wahrscheinlich, doch nur eine Berechnung, bei der jeder Anhalt einer Wiederholung aus Regierungskreisen fehlt. Zweifellos ist, daß es so nicht weiter gehen kann.

Natibor, 12. August. [Hohes Wasser.] Durch große Regenfälle im Karpathengebirge ist die Oder in verflossener Nacht plötzlich der Art angeschwollen, daß unsere Oderbrücke in Gefahr kam, weggerissen zu werden. Oberhalb nämlich lagerte eine Menge von Flößen, die von den schwelenden Flüssen fortgerissen und mit Gewalt an die Oderbrücke getrieben wurden; die an den Ufern mit Seilen befestigt gewesenen Badehäuser wurden gleichfalls mitgerissen und zerstört an den Eisböcken der Brücke. Gegen hundert Arbeiter sind mit dem Wegschaffen der Stämme beschäftigt, ohne daß es bis jetzt gelungen ist, der Stauung irgendwie Luft zu machen. Der Schaden, welchen unsere Oderbrücke erlitten, läßt sich jetzt noch nicht übersehen. (Br. Z.)

Zielzig, 11. August. [Pressprozeß.] Vor dem Dreirichter-Kollegium wurde am 7. d. eine Anklage gegen den Redakteur des hier erscheinenden „Neumärkischen politischen Wochenblattes“, Buchdrucker Koerowksi, verhandelt. Der Angeklagte hatte zur Zeit der Wahlen in das unter seiner Verantwortlichkeit redigierte Wochenblatt das bekannte Flugblatt: „Schafft Euch eine bessere Kreisordnung! Ein Wort an die ländlichen Wähler!“ aufgenommen. Er war zu dem Termin nicht erschienen und wurde auf Grund des §. 100 des Strafgesetzbuches zu 20 Thlr. Geldstrafe verurtheilt. — Am 10. Juli war der Verurtheilte von der Anklage des Vergehens gegen §. 100 des Strafgesetzbuches durch einen die Wahlen betreffenden in seinem Wochenblatt enthaltenen Artikel freigesprochen worden, wogegen aber die Staatsanwaltschaft die Appellation eingelegt hat. (N. P. Z.)

Hannover, 11. August. [Katechismusfrage.] Nach der „Tagespost“ ist der Druck des neuen Katechismus fertig; die Agitation hat einen immer größeren Umfang genommen, überall regen sich die Stadtgemeinden. — Die Arrestanten in der Stadt Hannover sollen nach Aussage der Polizei sämtlich junge Leute und Lehrlinge sein, die, beißig geagt, aus dem Katechismus wohl nicht ein besonderes Studium gemacht haben werden. — Pastor Bauchmidt feiert überall, in Nordheim, Osterode, Göttingen u. s. w. einen wahren Triumphzug. — Der König hat mehrere angesehene Geistliche nach Goslar berufen, um ihre Ansicht zu vernehmen.

Württemberg. Stuttgart, 11. August. [Ablehnung des Handelsvertrages.] Der „Staats-Anzeiger für Württemberg“ bringt die folgende (bereits telegraphisch angezeigte) Nachricht: Heute wurde der königl. preußischen Gesandtschaft dahier eine Note des königl.

Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten übergeben, worin Namens der königl. Regierung die Ablehnung des mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrages erklärt wird. Das officiöse Blatt knüpft daran die Bemerkung: Wenn die königl. Regierung einerseits von der bestimmten Voraussetzung ausgehen kann, hiermit nur im wohlverstandenen Interesse des Landes, so wie im Einverständnisse mit der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung in Württemberg selbst gehandelt zu haben, so glaubt sie andererseits ebenso sehr der zuverlässlichen Hoffnung sich hinzugeben zu dürfen, daß ihre Entschließung weder auf den Fortbestand, noch auf die geistliche Weiterentwicklung des Zollsvereins von nachtheiligem Einfluß sein werde. Der Erhaltung und Erweiterung dieser segensreichen Einrichtung werden nach wie vor ihre Bestrebungen gewidmet sein; das tiefste und allzeitige Interesse an dem Bestehen derselben aber kann als Burgschaft dafür angesehen werden, daß der Zollverein auch diese Krisis überdauern und neu belebt und gekräftigt aus ihr hervorgehen werde.

**Aus Schleswig-Holstein, 10. August.** [Dänisch] Die Abfahrt der Dänen, in Schleswig alles zu unterdrücken, was nur irgend dazu dienen kann, deutsches Wesen und deutschen Geist zu nähren, tritt nunmehr von Tage zu Tage unverhohler hervor. Dem Verbote des Sängertests in Kolding, wozu der Befehl per Telegraph von Kopenhagen gekommen, und der Auflösung der beiden Sängervereine in Husum ist die Unterdrückung des Turnvereins in Husum, sowie des Turnvereins in Tönning auf dem Fuße gefolgt. Somit haben die beiden einzigen Turnvereine, die noch im südlichen Schleswig bestanden, zu existieren aufgehört. Ein Wirthshausstand zwischen einem dänischen Offizier und einigen Tönninger Bürgern, mit dem Turner und Turnverein auch nicht das Geringste zu thun hatten, hat als Vorwand zur Auflösung des Vereins dienen müssen. Um die Bürger auch anderweitig für die in letzter Zeit wieder an den Tag getretenen Zeichen deutscher Gesinnung zu schützen, ist in den Städten Husum und Tönning wieder eine alte Verordnung (von 1811), wonach den Bier- und Weinwirthen verboten ist, nach 10 Uhr noch Gäste bei sich sitzen zu lassen, eingeschärft worden. In der Stadt Schleswig sorgt der Polizeimeister Jürgens für Aufrechterhaltung der Verordnung, die natürlich nur für Deutsche gilt. Während man in dieser Weise alle Mittel der Chikan gegen das deutsche Element in Bewegung setzt, sucht man in einem fort neue Mittel hervor, wie man für das dänische Propaganda mache. So läßt man z. B. in diesen Tagen auf Kosten der schleswigschen Kasse (der betreffende Betrag ist ausdrücklich vom schleswigschen Ministerium angewiesen worden) den Kopenhagener Schauspieler im Lande herumreisen, um declamatorische Vorträge aus dänischen Schriftstellern zu halten. An diese Vorträge reihen sich alsdann Bantette u. s. w. Einem deutschen Schauspieler würde man selbst die bloße Erlaubnis zu Vorträgen aus Schiller und Goethe versagen, der dänische dagegen wird noch obendrein mit dem Gelde der schleswigschen Steuerzahler besoldet. So bringt man die verprochene „Gleichberechtigung“ der Nationalitäten zur Ausführung. (M. Z.)

### Großbritannien und Irland.

**London, 11. August.** [Prinz Adalbert von Preußen] war vorgestern auf der Admiralsyacht „Fire Queen“ von Portsmouth nach Spithead hinausgefahren, um die daselbst vor Anker liegende, aus China und Japan zurückgekehrte preußische Fregatte „Aurora“, Kapt. Sundewall, zu besuchen. Die Inspektion dauerte mehrere Stunden. Im Laufe des gestrigen Tages traf die preußische Schraubenfregatte „Gazelle“, von der Themse kommend, in Spithead ein, um sich dem Prinzen zur Verfügung zu stellen, und tauschte mit dem britischen Flaggschiff „Victory“ die üblichen Begrüßungsschüsse aus.

**London, 13. August.** [Teleg.] Die heutige „Morning Post“ sagt, Napoleon könne seine Truppen vor den Drohungen Garibaldi's nicht aus Rom zurückziehen, aber die Gefahr der Situation könne nur durch eine klare und bestimmte Verabredung gelöst werden, wann die die französische Okkupation aufhören solle. — Die Journale veröffentlichten die Depesche Seward's vom 28. Mai, in welcher die Gründe dargelegt werden, weshalb England nicht interveniren dürfe, und gleichzeitig die Antwort Russells vom 28. Juli, in welcher in kaltem Tone die Neutralität Englands versprochen und zugleich der Wunsch ausgedrückt wird, daß der Bürgerkrieg aufhören möge.

### Frankreich.

**Paris, 11. August.** [Tagesnachrichten.] Der Kaiser hat

### Eine Erinnerung an Minutoli.

Wachenhusen's trefflich redigirter „Hausfreund“, auf den wir neulich schon hinwiesen, bringt unter vielem Andern im ersten Heft des fünften Bandes folgende hübsche Skizze aus der Feder seines Redakteurs:

In fromer Anwandlung sucht der Orientpilger nach einem Stein, wenn er auf seinem Wege dem Grabe eines Verunglücks begegnet, und wirft ihn auf die improvisierte Pyramide, durch welche die Karavane diese Unglücksstätten zu heiligen pflegt. Und so ergeht es auch mir oft, wenn ich in der Erinnerung noch einmal die durchlaufenen Strecken besuche. Einen Stein hiehin, einen andern dorthin! Sie sind tot, so Manche der Lieben, die mir einst so warm und theilnehmend entgegenkamen, sich meiner annahmen, mir alle Hindernisse aus dem Wege räumten, mich unter ihr Dach führten, ihr Brod mit mir theilten und mir so herzlich die Hand drückten, wenn ich weiter zog.

Zu denen, welchen ich in meinem Reisegedächtniß eins der liebsten Plätzchen eingeräumt, gehört der — ich erschrecke fast, seinen ganzen Titel auszuschreiben, denn er ist dadurch nicht um ein Haar feliger geworden als wir Alle sein werden — der Wirkliche Geheime Rath und königlich preußische Generalkonsul für Spanien und Portugal, Freiherr v. Minutoli, Ritter zahlloser Orden u. s. w. In meinem Gedächtniß steht indeß ganz einfach Minutoli geschrieben, mit diesem habe ich auch nur zu thun gehabt und mit diesem beschäftigte ich mich auch heute nur.

Als ich nach Madrid kam und meine Empfehlungen an die dortige preußische Gesandtschaft abgegeben hatte, erschien schon am nächsten Morgen in aller Frühe ein Herr mit ergrauem Haar in meiner Wohnung und nannte mir seinen Namen: Minutoli. In Spanien ist es nämlich Sitte, daß man dort dem Fremden zuerst die Visite macht, sobald man von seiner Ankunft gehört, und da man mir auch von Paris aus Empfehlungen nach Madrid voraus gesandt, so war meine Wohnung gleich am ersten Morgen eine Art von Taubenhause. Da ich der spanischen Sprache noch nicht mächtig genug war und mehre dieser Gäste ihrerseits die französische Sprache nicht kannten, so war mein liebenswürdiger Nachbar, ein Advokat, galant genug, sich als Dolmetsch zu präsen-

ten und dadurch kam ich denn über alle sprachlichen Klippen und Brändungen hinaus.

Keine von all diesen Persönlichkeiten war mir so lieb wie eben Minutoli. Er hatte in der Gesellschaft von der Ankunft meiner unbedeutenden Person gehört und offerirte mir seine Hilfe, wann, wo und wie ich derselben bedürfen werde. Er erzählte mir, daß er — es war 8 Uhr Morgens — schon drei Stunden gearbeitet habe, und erbot sich, mit mir am Vormittage eine Promenade durch die Stadt zu machen, damit ich sogleich die wenigen Merkwürdigkeiten von Madrid kennen lerne.

Schon drei Stunden arbeitete, und um acht Uhr Morgens! dachte ich bei mir. Aber das charakterisierte den ganzen Mann. Ich hatte viel von ihm gehört, ich wußte, daß er gekämpft und gelitten, schon die ersten Stunden nöherer Bekanntschaft überzeugten mich aber auch, welch bittres Unrecht man diesem unermüdlichen und redlichen Beamten gethan; sie überzeugten mich zum hundertsten Male von der traurigen Wahrheit, daß man in Preußen bisher nur Maschinen als Beamte suchte und brauchte, daß kein Staat so in bürokratischen Prinzipien verknöchert ist, als gerade Preußen, daß, mit einem Worte: kein Staat der Welt so wenig auf die Individualität und auf die persönlichen Fähigkeiten des Beamten Rücksicht nimmt wie gerade Preußen — weil es eben nur Schreibmaschinen gebraucht. Deshalb ist Preußen stets ohne Geist und Talent geleitet worden, deshalb existiert nirgendwo eine größere Spießbürgertumlichkeit von der höchsten bis zur niedrigsten Amtsstufe wie bei uns.

Minutoli war ein lebendiges Beispiel der Art und Weise, wie man bei uns einen Beamten aus jedem Holze schnürt; er war zugleich ein Beispiel der Maßlosigkeit, mit welcher die systematisch-politische Verfolgungsmaßnahmen einer bis heute noch kleinen, aber mächtigen Partei den von ihr gehaßten Beamten zu Grunde zu richten verstehen.

Minutoli war in jener Sturmperiode, die wir ganz kurzweg 1848 nennen, Polizeipräsident von Berlin gewesen und hatte sich von der Welle jener Zeit mit fortreißen lassen. Decken wir einen Schleier über jene Zeit und sagen wir nur: was Minutoli damals nicht ganz auf der Höhe seiner Stellung, war er zu schwach, um sich auf dieselbe hinaufzuschwingen, so wurden doch alle seine Schritte vom besten Willen, namentlich von dem Wunsche nach Versöhnung, geleitet.

kreuzenden französischen Kriegsschiffe hätten die Landungstruppen an Bord.“ — Wie die „Patrie“ sich aus Neapel schreiben läßt, ist in Folge der von der Regierung getroffenen Maßregeln eine Landung auf dem neapolitanischen Gebiete unmöglich gemacht. Eine italienische Flottille, aus zwei Fregatten, zwei schwimmenden Batterien und acht Kanonenbooten bestehend, ist nach dem Adriatischen Meere abgegangen, um eine Landung auf dem Gebiete zu verhindern, in dessen Nähe sich die Gebirge befinden, die ins Römische hineinlaufen. General Cialdini hat sich nach Ancona begeben, um dort ebenfalls militärische Maßregeln zu ergreifen.

[Sitzung in Mailand und Venetien.] Über die Auffnahme des königlichen Manifests in Mailand wird der „Trierer Blg.“ berichtet: „Die Bevölkerung von Mailand hat das Manifest Victor Emanuel's so ungünstig aufgenommen, daß seit dem 3. d. Ms. die halbe Garnison stets unter Waffen steht, weil man ständig Unruhen befürchtet. Schon am Abende des 3. August, wo das Manifest durch öffentlichen Aufschlag publiziert wurde, machte sich eine bedeutende Aufregung bemerkbar. Volkshaufen durchzogen unter Eviva's auf Garibaldi und Beweinungen gegen die Regierung die Stadt. Am 4. wurden alle an den Straßenecken angeschlagenen Exemplare des Manifests herabgerissen und durch Aufschriften wie: Eviva Garibaldi — Eviva Mazzini — Roma o la morte — Abbasso Vittorio Emanuele — Morte ai Ministri — Morte a Napoleone — Eviva Garibaldi re d'Italia — ersezt. Polizeibedienstete, welche jene Aufschriften befehlten und neue Exemplare des Manifestes anklagten wollten, wurden insulirt und misshandelt. Von Porta Romana bis zum Scalatheater wälzte sich am Abende des 4. ein Menschenstrom unter Eviva's auf Garibaldi und Morte a Napoleone gegen das französische Konsulats-Gebäude, welches durch eine Kompanie Infanterie geschützt wurde. Eine Division Lanciers zerstreute den Volkshaufen, jedoch nicht ohne Mühe. Auch Beweinungen sind vorgefallen, da die Lanciers vom Volke mit Steinen beworfen wurden und genötigt waren, von der blauen Waffe Gebrauch zu machen. Der Präfekt Marchese Villamarina mußte über die Haltung der Mailänder gegenüber dem Manifest auch nicht ganz beruhigt sein, da er bei der Publicierung desselben die Stelle: „Feder Ruf der nicht vom Könige ausgeht, ist eine Aufforderung zur Rebellion, zum Bürgerkriege, und die Verantwortlichkeit und die Strenge der Geiste werden auf jene fallen, welche nicht auf seine Worte hören“, unterdrückte und ausließ. Heute noch ist die Aufregung groß.“

In einer Korrespondenz der „Allg. Blg.“ aus Venedig, 4. Aug., wird über den Eindruck jenes Manifests berichtet: „Noch am 3. d. Abends wurde der volle Inhalt des Manifests hier bekannt, und wo man ging und stand, konnte man darüber Debatten mit Verwünschungen gegen Victor Emanuel gerichtet vernehmen, welchem alle möglichen Titulaturen vom Imbecile bis zum Traditore reichlich gespendet wurden. Heute hat sich die Aufregung bereits bedeutend gelegt, und zwar in Folge eines ernsten Manifests, welches der Partito d'Azione zur Verübung der „guten Patrioten“ erlassen. Das Manifest ist aus Mailand vom 4. d. datirt, „Il Club democratico centrale“ unterzeichnet und hier bereits ziemlich stark verbreitet. Die Italiener werden darin aufgefordert, sich durch das Manifest Victor Emanuel's nicht betrügen zu lassen, da dasselbe nichts als leere Phrase sei; denn heißt es wörtlich: „Der Victor Emanuel, noch irgendwelche andere Macht ist im Stande, den Freiheits- und Unabhängigkeitsträume Italiens zu steuern. Rom und Venedig gehören uns, und Rom und Venedig werden uner sein, und Garibaldi wird, verläßt euch darauf, unberrt vom Geschrei der unvernünftigen Menge, sein Wort einlösen und Rom und Venedig Italien wiedergeben. Mögen daher weder Römer noch Venezianer den Muth und die Hoffnung verlieren, denn Garibaldi wird seinen Siegeszug bald beginnen, und Victor Emanuel wird — der Letzte sein, sich seinem Buge anzuschließen.“

**Turin, 9. Aug.** [Garibaldi's Expedition.] Mehrere Depeschen, welche aus Sizilien eingelaufen, werden von der Regierung geheim gehalten, so daß die einzige offizielle Nachricht die der „Gazetta Uffiziale“ ist, welche den Zusammenstoß des Corps Bentivegna's mit einer Kompanie königlicher Truppen bestätigt. Dem Obersten Nullo, welchem bekanntlich in Palermo die Landung verweigert worden, ist es nun durch eine List dennoch gelungen, sich mit Garibaldi zu vereinigen. Der Deputirte Nicotera, der, wie einige wissen wollten, ebenfalls der Expedition angehlossen haben sollte, steht im Begriffe, nach Neapel zu reisen, um dort der Bewegungs-Partei die Parole zu bringen. Die Freiwilligen, welche noch in Neapel sind, werden dort Garibaldi's Ankunft erwarten, wie dieser selbst in einem Briefe an Dossi verfügt hat. Die Genueser Befreiungs-Gesellschaft hat auf den Antrag Catacchia's ihren Beitritt zu Garibaldi's neuem Programme erklärt und beschlossen, daß die Worte: „Rom oder den Tod!“ künftig an die Spitze ihrer offiziellen Alte und auf ihre Fahnen geschrieben werden sollen. (R. Z.)

[Vorsichtsmäßegemessen.] Man schreibt der „France“ von Rom, daß General Montebello nachstens eine Inspektionsreise nach den drei zum Schutz der römischen Grenzen angelegten Lagern von Viterbi, Corneto und Belletri antreten sollte. Die Dampfs-Fregatte „Cacique“, welche zwei Bataillone von Toulon nach Civita-Becchia gebracht hat, bleibt zur Überwachung der Garibaldi'schen Schiffe in den Gewässern von Terracina. — Der „Movimento“ von Genua vom 9. August meldet, daß die Behörden in Genua Alles aufstellen, um die Einschiffung von Freiwilligen nach Palermo zu verhindern. In den letzten Tagen wurde, als gerade ein Dampfer absfahren wollte, der Hafen von Genua in Belagerungszustand erklärt. Aus Mailand, Brescia, Livorno, Florenz erfährt man, daß in diesen Städten dieselben und noch größere Vorsichtsmaßregeln getroffen worden sind, als in Neapel. Man hat die Garibaldi-Hymne verboten. — Die „Epoca“ von Neapel (7. August) zeigt an, daß ein am 5. an ein dortiges Bankhaus aus Paris eingelaufenes Telegramm meldet, „eine französische Division soll auf die erste Nachricht von dem Einfall Garibaldi's auf irgend einem Punkte des Festlandes in das Königreich Neapel einrücken; die zwischen Civita-Becchia und Terracina

verschwinden.“

**Russland und Polen.** □ **Warschau, 10. August.** [Tagesbericht.] Das Individuum, welches auf den Grafen Wielopolski gefeuert hat, soll zwar die That nicht einen Augenblick gelehnt aber zugleich versichert haben, durch kein persönliches Motiv, sondern durch Überredung seitens zweier ihm unbekannter Männer dazu getrieben worden zu sein. Diese hätten in einem öffentlichen Lokal (Bauhall in der „neuen Welt“) ihm den Eid abgenommen.

Diese Zeit verstrich wie alle Zeiten; die Junkerpartei aber vergaß diesem Beamten nichts, und doch gehörte gerade dies zu dem Wenigen, was sie zu vergessen hat. Über Minutoli als Beamten war der Stab gebrochen; da man ihn aber unmöglich ganz besiegen konnte, so schob man ihn hin und her und schickte ihn endlich in die Verbannung, d. h. man schuf ein Generalkonsulat für Spanien und Portugal, obgleich schon der dortige Gefährte nicht viel mehr zu thun hat, als der altkatholischen Königin Isobel jedes Jahr einmal die Hand zu küssen.

Die Stellung Minutoli's war in Spanien keine angenehme, weil er oft mit der Gesandtschaft kollidierte. Er hatte Anfangs seine Bureaux in Barcelona, später verpflanzte er sie nach Cadiz. In seinem feierhaften Thätigkeitsrange suchte er sich so möglich wie möglich zu machen; er schuf Konsulat an der ganzen Küste, sammelte statistische Notizen, gab Bücher über Spanien heraus, von denen einige sehr wertvoll, und als eines schönen Tages die preußische Regierung auf die grüne Idee kam, mit Spanien einen Krieg gegen Marokko (es ist das kein Scherz von mir!) zu unternehmen, mußte Minutoli die marokkanische Küste bereisen, um das Terrain zu reconnoitern. Die Berichte Minutoli's über Marokko müssen sich noch heute in der Registratur des auswärtigen Ministeriums vorfinden.

Ein fünf Wochen langer täglicher Verkehr gestaltet sich leicht zu einem freundschaftlichen Verhältniß. Minutoli, der seine Familie längst nach Deutschland zurückgeschickt hatte, fühlte sich vereinsamt in Madrid trotz seiner diplomatischen Bekanntschaften, er suchte nach geistiger Nahrung und glaubte diese im Umgange mit einem deutschen Touristen zu finden — ob er sie gefunden, weiß ich nicht. Genug, wir waren täglich beisammen. Daß er nicht glücklich war, beweisen seine Züge, in denen neben ihrer ewigen Unruhe sich ein gewisser Schmerz heimisch gemacht hatte.

Eines Abends, als ich mit ihm in der Fonda Miscaia, seinem Hotel, gespeist hatte, kehrten wir in seine Zimmer zurück, und blickten, eine Cigarre rauchend, in das Gewühl auf der Puerta del Sol hinab. Minutoli war heute ganz besonders trübe gestimmt. Auf meine Frage antwortete er mir, er habe am Morgen traurige Nachrichten erhalten, und als ich weiter in ihn drang, gestand er mir, diese Nachrichten beträ-

men, das Land von der Regierung des Markgrafen zu befreien. Sie hätten ihn auch nicht eher verlassen, als in dem Augenblick, wo der Markgraf vor dem Gebäude der Schatzkommission vorgefahren sei. Man sagt, daß er die That lebhaft bereue.

Zarofszwski wird in Kurzem vor Gericht gestellt und seine Vertheidigung dem Advokaten am höchsten Gerichtshofe, Brotnowski, übertragen, diesem auch gestattet werden, die Ursachen, welche den Angeklagten zu dem Verbrechen gebracht haben, im weitesten Umfange zu beleuchten. Man erwartet demnach eine vollständige Bloßlegung aller Mängelstände der Verwaltung. — Graf Bielopolski ist bei öffentlichen Ausfahrten jetzt immer von einer Kosaken-Eskorte umgeben. — Die Flugschrift „Glos, Kaplana“ (Stimme eines Priesters), welche den Erzbischof Felinsti heftig angreift, wird eifrig in der Stadt verbreitet. Außerdem wird ebenfalls auf geheimen Wegen ein Aufruf mit der Unterschrift „nationales Centralkomite“ und vorgedrucktem polnischen Adler kolportiert, wodurch Abhaltung von Andachten und Geldsammelungen zu patriotischen Zwecken verlangt werden.

Man erwartet, daß der Markgraf mit dem Titel eines Kanzlers des Königreichs belohnt werden wird.

Über die Kosakenwirthschaft werden vielfache Klagen laut, sie benehmen sich dem Civilpublikum gegenüber in der That so brutal, als wenn sie von ihrem Vorgesetzten gar nichts zu fürchten hätten. Den Exzess in Mostow soll ein Kosak dadurch provocirt haben, daß er einem Bauern gewaltsam dessen Frau zum Tanzen zu entreissen suchte. — Den Böglungen der Vorbereitungsschule ist die Abreise gestattet worden; dieselben sollen erklärt haben, daß wenn die Maßregel, welche die mit Urlaub Verreisten regelt, nicht zurückgenommen werde, sie sämmtlich die Schule verlassen würden.

## Türkei.

Bon der montenegrinischen Grenze, 4. August. Über die Errichtung der Höhen von Bagarac durch die türkischen Truppen lauten die neuzeitlichen Nachrichten aus dem Lager der herzoglichen Insurgenten nach der „Donau-Btg.“ folgendermaßen: Die von Mirko befahlte Streitmacht der Montenegriner zählte gegen 8000 Mann, von denen jedoch nur der dritte Theil wirklich kampftüchtig war. Der Fürst Nikolaus war anfangs auf dem Kampfplatz jugezogen, wurde aber alsbald mit Gewalt gezwungen, sich in Begleitung einer Abtheilung der Bergleute nach Covo in Sicherheit zu bringen. Nach hartnäckigem Widerstand sah sich Mirko des Abends genötigt, sich mit den Seinen nach Dranijo und Belostovo zurückzuziehen. Der von den Montenegrinern bei dieser Gelegenheit erlittene Verlust wird auf 2000 Mann, darunter mehr als 500 Tote angegeben. Aus den Reihen der bekannten Führer werden Pajo, Jezdov Kovacovich und Befato Radoj Krivocapich zu den Verwundeten gezählt. Die Türken sollen im Ganzen bloß 500 Mann verloren haben. Die Entmündigung der Montenegriner hat einen um so höheren Grad erreicht, als sich auch ein empfindlicher Mangel an Lebensmitteln und Munition einstellt. Buzinge blieben ebenfalls aus, da alle Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang des Kampfes so gut wie geschrumpft ist. Obgleich die eine Hälfte des Landes ganz in den Händen der Türken ist, drängt Mirko nichtsdestoweniger mit aller Hartnäckigkeit zur Fortsetzung des Kampfes, während der Fürst, nach einem stark verbreiteten Gerüchte, Alles, was er an werthvollen Habseligkeiten besitzt, bereits über die Grenze geschafft und alle Vorbereitungen getroffen haben soll, um bei Eintreten der befürchteten Eventualitäten sofort nach Kotor zu flüchten. Was den seit dem entscheidenden Schlag, der Vereinigung der albanischen und herzoglichen Armeen, eingetretenen Stillstand der Operationen betrifft, so findet er seine Erklärung nicht allein in den großen Terrain-Schwierigkeiten, sondern auch in dem Umstand, daß die Versorgung der nunmehr wenigstens auf 40,000 Mann zu veranschlagenden türkischen Truppen nicht so leicht und schnell bewerkstelligt werden kann. Aus Mostar wird dem gedachten Blatte noch gemeldet, daß an diesem Tage Niemand angegriffen werden sollte, und wird noch hinzugefügt, daß in dem vorhergegangenen Treffen Mirko nur durch Einhalten auf seine eigenen Leute die selben habe zum Stehen bringen können.

## Vom Landtage.

### Haus der Abgeordneten.

C. S. Berlin, 13. August. [36. Sitzung], um 9 Uhr 20 Min. von dem Präsidenten Hrn. Grabow eröffnet. Am Mittwochabend der Justiz-Münster Graf zur Lippe, der Regierungskommissar Geheimer Justizrat Sydon, der Minister v. d. Handt. — Nachdem der neulich gestellte, aber nicht gedruckt gewesene Antrag des Abg. Rohden: „die Erwartung auszusprechen, es werde die königl. Staatsregierung fortan vermeiden, die Renten emeritirter Staatsdiener aus dem Gehalte der durch ihre Pensionierung erledigten Stellen zu zahlen“, nochmals fast einstimmig angenommen worden, geht das Haus zur Prüfung des Etats der Justizverwaltung pro 1862 und 1863 über. (Berichterstatter Abg. v. Jordanbeck.) Zur allgemeinen Debatte nimmt das Wort Abg. Blaßmann: Unser Justizrat beruhe auf dem mittelalterlichen Grundsatz, daß die Justiz nicht nur sich selbst ernähren, sondern auch noch dem Inhaber der Justiz etwas abwerfen müsse. Es seien jetzt aber die

Einnahmen auf eine unerhörte Höhe gesteigert, die Ausgaben ungebührlich zurückgedrängt worden. Die Erhöhung der Justizsteuer steige im ungefehlten Maße mit der der andern Steuern, sie laste auf dem Armen und nicht auf dem Reichen; die Einnahme habe die Höhe eines halben Thalers pro Kopf der Bevölkerung erreicht, denn sie betrage 10 Millionen Thaler. Die Justizsteuer habe Privilegien wie keine andere Steuer, und werde auch dadurch zu drückendstem im Staate. Es sei außfallend, daß bei der Justiz die Beteiligten allein die Kosten tragen und diese Beteiligten seien zum großen Theile Arme. Auch in Betreff der Kriminalosten kämen die Armen zur Beteiligung daran. Vor allen andern Steuern drückend und bedrückend seien die Hypothekosten, namentlich für den kleinen Grundbesitzer, sie hinderten auch das freiwillige Zusammenlegen von Grundstücken. In demselben Maße, wie die Einnahmen gesteigert, seien die Ausgaben zurückgedrängt worden. Man habe hier ein gräßliches Proletariat geschaffen, das der Justiz-Subalterbeamten, welches in den nächsten Jahren anzubrechen drohe; denn auch eine jetzt geforderte Summe zur Abbüllse würde nicht genügen. In keiner einzigen Verwaltung finde sich ein Verhältniß wie das, welches in Betreff der Sekretäre u. s. w. bei der Justiz besteht. Redner geht auf die Bauten von Justizgebäuden über; er konstatiert, daß, um einen Bau auszuführen, man den Rendanten Tantième gebe, um die Breitreibung der Kosten zu beschleunigen.

Der Justizminister: Es sei bisher der Grundsatz festgehalten worden, daß derjenige, welcher auf die Vorteile der Justiz Anspruch macht, auch die Kosten dafür trage. Die Justizosten seien keineswegs eine Justizsteuer; die Hypothekosten treffen keineswegs den Armen, sondern den mit Grundbesitz Anascheinenden. Wolle man die Projektosten in Wegfall kommen lassen, so öffe man den leichteren Prozeßurthen Thor und Thür. Das Verfahren des Depositariums beim hiesigen Stadtgerichte beruhe auf einem Beschlüsse unabhängiger preußischer Richter und ein solcher Beschluß kann nicht ungerecht sein. Ich nehme das Verfahren der Richter hiermit in Schutz. — Die Generaldiskussion ist geschlossen. — Der Referent erinnert den Justizminister daran, daß das Haus im vorigen Jahre sein Urtheil über das Verfahren jener Richter gesprochen hat. — A. Einnahmen. Das Haus genehmigt ohne Diskussion fast einstimmig die Absezung von 13,061 Thlr. für veranschlagte Mehreinnahme an Strafen; ebenso den zweiten Titel der Einnahme, so wie die von der Kommission gestellten Anträge, bezüglich der vorzulegenden Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben der Justiz-Offizianten. Wittwen- und Waisenkäfe. B. Ausgaben. Die ersten acht Titel werden nach den Kommissionsvorschlägen ohne Diskussion genehmigt. — Abg. Fliegel führt aus, daß die bisher gebräuchliche Bezeichnung Obergerichte dem Sprachgebrauch des Gesetzes nicht entspreche und daß der Ausdruck Appellationsgericht resp. Gericht zweiter Instanz korrechter sei. Er selbst habe früher gerade diese letzteren Anträge gestellt, sei aber damit nicht durchdringend, weil man gelagt habe, es liege nichts Prinzipielles darin. Erneuert den Antrag.

Der Justizminister: Es habe sich darum gehandelt, eine Kollektivbezeichnung für alle Gerichte zweiter Instanz zu finden, und darin liege nichts Ungerechtes. Es sei nichts dagegen einzumwenden, fortan in allen Vorlagen Gerichte zweiter Instanz statt Obergerichte zu setzen. — Abg. Fliegel ist damit zufrieden. — Zu Titel II. Sächliche Ausgaben, beantragt die Kommission eine Absezung von 1560 Thlr. von den für Justizvisitationenosten verlangten 13,750 Thlr. — Der Regierungskommissar bittet, diesem Vorschlage nicht beizutreten. Die außerordentlichen wie ordentlichen Visitationen beruheten auf gesetzlichen Anordnungen; die Geschäftsvorrichtungen hätten einen reellen Nutzen für die Verwaltung. Seien unangemessene Dinge vorgekommen, so möge man sie zur Kenntnis des Chefs der Justiz bringen, der dann Abhilfe gewahren werde. Aus solchen einzelnen Fällen könne man aber kein ausreichendes Moment gegen Zweckmäßigkeit der Einrichtung im Ganzen abgewinnen. — Abg. Blaßmann ist gegen die Anträge der Kommission und macht auf die Geringfügigkeit der Summe, um die es sich hier handele, aufmerksam. — Abg. Hinkel vertheidigt die Kommissionsanträge. — Abg. Rohden ist Theilung bei der Abstimmung voraus und erklärt, für den ersten „von den veranschlagten Kosten für die Justizvisitationen den Betrag von 1560 Thlr. abzusezen“, dagegen gegen den zweiten: „die Staatsregierung aufzufordern, auf Beringung der Kosten für die Justizvisitationen durch Verringerung der Appellationsgerichtspräsidenten, Räthe und Oberstaatsanwälte hinzuwirken“, stimmen zu wollen. Zur Zeit seien Revisionen und Visitationen nützlich und nothwendig; nichts sei bedeutender für die gute Handhabung der Justiz, als gute Direktoren; sie kennen zu lernen, muß für den Chef eine Hauptaufgabe sein, und nur auf diesem Wege sei diese Aufgabe zu erfüllen.

Abg. Immermann spricht sich vom Standpunkte der Gerichte erster Instanz aus. Bei der Revision komme ein solches Gericht in vollständige tumultuarische Aufregung, und das Resultat einer Revision sei nicht bedeutend, denn es sei geradezu unmöglich, in einer kurzen Zeit den Geschäftsbetrieb eines Gerichtes genau zu revidieren. Ganz tüchtige Direktoren hätten keine Anerkennung gefunden, und es seien über Punkte von unbedeutendem Gewichte dem Gerichte Generalmonita zugegangen u. s. w.; oft waren die Monita auch Eingriffe in das praktische Verfahren, und wo sich die Gerichte erster Instanz sagen müßten: das verstehen wir besser. Die Periodizität der Visitationen sei nachtheilig und unnütz. Wenn man Direktoren wählt, müsse man Vertrauen zu ihnen haben und die Kontrolle in ihre Hände legen. Die Visitationen gäben zu Erbitterungen Anlaß. In dem Antrag zwei sollte man nicht die Aufhebung, sondern nur die Vereinigung der Visitationen sein. — Abg. Fliegel erklärt sich gegen den ersten und für den zweiten Antrag. Die Geschäftsvorrichtungen wirken mehr stören als nützlich auf den Geschäftsgang. — Abg. Eberty hält dafür, daß die Offenheit der bestreiteten Verhältnisse für ist; man möge beide Anträge annehmen. — Abg. Henrici (Kreisgerichtsdirektor): Man möge diese verdachterregenden Revisionen doch endlich

für seine jahrelangen Bemühungen, eine andre amtliche Stellung zu erhalten, in welcher er sich wirklich nützlich machen könne.

Nach fünfwöchentlichem Aufenthalt in Madrid, wo ich vergeblich auf den Ausbruch der für jede Woche ange sagten letzten Revolution wartete, die dann auch richtig acht Wochen später ausbrach, als ich mich schon in den Steppen Afrikas unternommen — nach so mancherlei interessanten Excursionen, welche mir namentlich durch Minutoli's Beteiligung ebenso viel Zerstreitung wie Belehrung verschafften, trennte ich mich von ihm. Jahre verstrichen; Minutoli blieb auf seinem Verbannungs posten. Ich weiß nicht, ob er seine Bemühungen eingestellt und seine Erlösung dem Schicksal überlassen hatte, erst im vorigen Jahre traf diese Erlösung ein.

Er selbst mochte wohl ahnen, daß ihm diese zu einer wirklichen Erlösung von allen irdischen Qualen werden sollte. Man hatte ihn nicht in seine Heimat zurückgeholt, man hatte ihm eine Gefährtschaftsreise nach Persien übertragen. War auch dies noch ein Werk seines unverhofften Gegners, ich weiß es nicht; ihm, der sich nach Ruhe, nach dem Vaterland sehnte, ward diese Freude nicht; man schickte ihn auf eine beschwerliche Reise, welcher er denn auch wirklich erlag. Er selbst bezeichnete dieselbe ahnungsvoll als seine letzte Reise, und wenn er sich deutlicher ausdrückte, sprach er auch wohl die Befürchtung aus, er werde von derselben nicht zurückkehren. Preisen verlor an ihm einen der redlichsten, der thätigsten und begabtesten Beamten, deren es eben, wie es scheint, nicht bedarf, da man sie so zu verwenden versteht.

Sein sehnlicher Wunsch, in's Vaterland, nach Deutschland und natürlich wohl in den Schooz seiner Familie zurückkehren zu können, war mir längst bekannt, denn er äußerte ihn bei jeder Gelegenheit, er hatte Alles versucht, um diesen Wunsch erfüllt zu sehen, jedesmal aber war er in diesem Versuch mit blutendem Herzen zurückgeschlagen worden, und jedesmal hatte er den Schmerz, seinen unversöhnlichen Gegner, die Partei, welche damals in Preußen allmächtig war, triumphiren zu sehen.

Clare Thränen standen in den Augen des armen Mannes, als er mir heute erzählte, er habe sich schließlich mit seinen Vorstellungen an den König gewendet, er habe seine ganze frühere Amtstätigkeit mit den sprechendsten und untrügbarsten Documenten belegt, und — sei abermals

beseitigen. — Der Justizminister: Bezüglich der 1560 Thlr. liege eigentlich nur eine andere Statistik vor. Auf die Revision müßte ein besonderes Gewicht gelegt werden, namentlich um den Gefangenen Gelegenheit zu geben, ihre Anliegen vorzubringen. Darum seien die 13,750 Thlr. früher auf den Kriminalfonds genommen worden. Die Revisionen verleisten das Gericht keineswegs in einen tumultuarischen Zustand, sie seien unbedingt unerlässlich in denjenigen Branchen der Justiz, wo die Offenheit nicht besteht.

Die Diskussion ist geschlossen. — Abg. v. Binde drückt dem Abg. Immermann sein Erstaunen aus, wie ein so alter, bewährter Beamter bei einer Revision in eine tumultuarische Aufregung verkehrt werden könnte. — Abg. Immermann verspricht, aus dieser Höhe Nutzen zu ziehen und bei der nächsten Revision die Aufregung bekämpfen zu wollen. — Der Referent vertheidigt die Kommissionsanträge, welche sich nur auf die Geschäftsvorrichtungen der Präsidenten und auf die Revisionsreisen der Appellationsgerichte beziehen. Um etwas zu finden, käme man oft zu Kleingefechten. — Die Kommissionsanträge werden ad 1 mit sehr großer und ad 2 mit noch größerer Majorität angenommen. — Gegen den Antrag, „das Haus wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, die Aufhebung der Appellationsgerichte in Greifswald, Halberstadt, und die des Justizamts zu Ehrenbreitstein, und die Zusammenziehung der vier westfälischen Obergerichte zu veranlassen“, erklärt sich der Abg. Seubert (Halberstadt): Die Frage stehe mit der Justizorganisation in Verbindung und leiste hängt mit dem Ergebnis der jetzt im Gange befindenden Revision der Prozeßgesetzgebung zusammen. Redner geht speziell auf die Verhältnisse des Halberstädter Appellationsgerichts ein. Man solle das Appellationsgericht in Halberstadt nicht auflösen, sondern vergroßern, und zwar indem man das von Magdeburg dahin verlegt. (Heiterkeit.) — Abg. Waldeck: Man warte immer noch darauf, daß die im Jahre 1849 angebaute Justizorganisation eine Wahrheit werden würde, namentlich darauf, daß das Prinzip der Offenheit und Mündlichkeit in das Civilprozeßverfahren Eingang finde, wie es am Rhein der Fall sei. Er erwarte von der ge- gewölbten Regierung keine praktische Reform; handle es sich aber um Palatiniat, so wären diese vom Uebel. Für den Antrag aber spreche der Grundsatz, daß die Judikatur möglichst konzentriert werde. Redner zeigt die Notwendigkeit des Antrages in seinen einzelnen Theilen und bezüglich der angeführten Gerichte. Gabe es nur ein Appellationsgericht in Westfalen, so könnte es nur in der Hauptstadt Münster sein; es handle sich aber um eine Zusammenziehung. Die Zusammenziehung werde auch in geschäftlicher Beziehung ein gutes Resultat erzielen.

Der Justizminister: Das Interesse der Justizverwaltung erhebe es allerdings, daß in jeder Provinz des Staates nur ein Appellationsgericht sei. Es steht aber die Frage mit der Lösung der anderen, die neue Prozeßgesetzgebung und die neue Justizorganisation betreffend, in Verbindung. Gest bei der Antrag voreilig, er werde den Interessen der Beamten entgegenlaufen. Vielleicht werde es auch zweckmäßig erscheinen, von den Gerichten erster Instanz die Hypothekosten ganz abzuweichen. Bedenkt möge man heute den Antrag abweisen. — Abg. Kassow erklärt sich gegen den Kommissionsantrag. Es hande hier um ein Interesse der ganzen preußischen Rechtspflege, nicht um Partikularinteressen. Die Bedeutung des Appellationsgerichts Greifswalde rage weit über den Umfang seines Sprengels hinaus, denn es sei die Pflicht des Lehrers vieler berühmter Lehrer des Rechts. Die Verlegung des Gerichts zu Greifswald nach Stettin werde das gesteckte Ziel nicht erreichen. — Abg. Kintzlin vertheidigt den Antrag. — Abg. Gieß für Erhaltung der Gerichte in Greifswald und Ehrenbreitstein im Interesse der Rechtspflege. Die Einheit und der wirkliche Justizbestand in Niedersachsen beruhe auf dem Fortbestehen des Gerichts zu Greifswald. Es wäre vielleicht überhaupt ratsam, den ganzen Antrag auf ein Jahr zu verschieben und zu sehen, was aus der Revision geworden ist. (Der Vicepräsident Abg. Behrend hat den Vorsitz übernommen.) — Der Minister v. Jagow ist eingetreten. — Abg. Waldeck: Es gebe leider noch eine Reihe von Provinzialrechten, Karitäten, auf deren Konserivation kein großes Gewicht gelegt werden könnte, Karitäten, deren Befestigung einige Schäden hervorrufen würde, aber im Großen müsse man doch zugestehen, daß die Verlegung des Gerichts zu Greifswald nach Stettin z. B. einen großen Schaden aufzufügen würde. Redner glaubt deshalb nicht an die Organisation der Justiz unter dem gegenwärtigen Ministerium, weil es zu sehr mit dem Militär und der Armeeorganisation beschäftigt ist. Rückfälle mögen nichts mehr.

Ein Antrag auf Schluss wird unterstützt und angenommen. — Der Referent weiß darauf hin, daß ein ähnlicher Antrag bereits viermal gestellt und vom Hause angenommen worden ist. Das Haus müsse sich bei der Beurtheilung des gegenwärtigen Antrages auf die bestehenden Verhältnisse beziehen, Mit den e. sparten 22,000 Thlr. könne man neue Kreisrichterstellen freieren, bestehend besser befüllen. Der Wohnungswechsel werde das gemeinsame Recht und dessen Autorität nicht beeinträchtigen. — Bei der Abstimmung wird der Antrag, betreffend die Aufhebung des Appellationsgerichts Greifswald nach zweifelhaftem Resultat durch Aufstehen und Sitzenbleiben, beim Zählen mit 120 gegen 107 Stimmen angenommen. Für die Aufhebung stimmte die Fortschrittspartei mit Ausnahme von Dr. John (Fabian) Michaelis u. i. w., die Polen, v. Linde, v. Sankt (Julienfelde). Da gegen die katholische Fraktion und der übrige Theil der Rechte. Die Majorität vertheidigt sich ferner für die Aufhebung der Gerichte in Halberstadt, Ehrenbreitstein und für die Zusammenlegung der vier Obergerichte in Westfalen.

Die Diskussion beginnt nun über den Antrag der Kommission: „Das Haus wolle beschließen, die frühere Erwartung auszusprechen, daß die Stelle des Appellationsgerichts-Vizepräsidenten zu Kattowitz vom künftigen Jahre ab nicht weiter als bisher nur stellvertretende Weise, sondern durch den dazu berufenen Beamten selbst verwalten werde.“ Für den Antrag nimmt der Abg. Tadel das Wort: Das mit Hrn. v. Kirchmann bestehende Verhältnis sei ein abnormes, während die Regierung dasselbe für zuläufig halte. Ein richterlicher Beamter könne nicht 10 Jahre lang von seinem Amt entfernt

also ein gefährlicher Concurrent war. Beide haben in ihrem Leben keine größere Freude gehabt, als damals, wo die Klöster in Spanien ausgeräumt, die Bibliotheken somit den kostbaren flamändischen und den Bildern in den Höfen aufgestapelt und was wertvoll darunter war von diesen beiden Herren für ein Trinkgeld erstanden wurde.

Eine andre Schrulle Minutoli's war seine Sucht nach Orden und Auszeichnungen, welche letztere ihn auch zur spanischen Excellenz mache. Er ließ keine Gelegenheit vergehen, welche eine Auszeichnung abwerfen konnte, ebenso bereitwillig aber suchte er dieselbe für Andre. „Seien Sie“, sagte er mir eines Tages, „Sie hören, wie heute Mittag nach dem Diner der Graf G. . uns aus der Ezoca vorlas, der ausgezeichnete deutsche Dichter B., der in Spanien reise, um ein Buch zu schreiben, habe für das noch ungeschriebene Buch bereits den Carto terzero erhalten; soll ich Ihnen denselben nicht auch verschaffen? Er wird namentlich an Ausländer gegeben!“ — „Um Gotteswillen“, rief ich lachend, „was würden meine Freunde zu Hause sagen, wenn ich mit einem spanischen Orden angereist komme!“

Minutoli begriff dies nicht; es lag nicht in seiner Anschauungsweise. Wie sehr er an diesen Auszeichnungen hing, beweist folgende kleine Anecdote, durch die ich sein Andenken zu beeinträchtigen nicht die Absicht habe kann. Als er einmal über Brux und Bayonne nach Deutschland reiste, nahm die Douane von seinem Gepäck eine Tasche mit allen möglichen Orden in Beiflag; sie behauptete, er müsse wohl auf Orden reisen, habe dieselben also zu versteuern. Vergeblich suchte M. dem befrüchteten Douanier auseinander zu setzen, daß ihm diese Orden von diesen und jenen Majestäten verliehen seien, der Douanier meinte, es sei unmöglich, daß ein simpler Sterblicher so viel Verdienste haben könne, zumal er selbst, der doch auch schon allen möglichen Regierungen in Spanien gedient, noch gar keinen Orden habe, und so mußte denn Minutoli nach Madrid zurück telegraphieren, um sich von dort aus den offiziellen Besitz aller dieser Auszeichnungen bestätigen zu lassen. Jeder von uns hat seine Marotten und Schwächen, warum sollte Minutoli sie nicht auch haben! Nur von diesem Gesichtspunkt aus erzählte ich überhaupt diese Anecdote.

bunden sein und doch sein Gehalt fortzubehalten. Nun wolle Hr. v. Kirchmann noch obendrein seinen Urlaub aufgenommen und wünsche nun, irgendwo anders beschäftigt zu sein. Das sei aber eben nur ein Wunsch und keine Bedingung. Der verantwortliche Oberpräsident Wenzel soll die Anerkennung gethan haben, daß im Interesse des Dienstes die Beurlaubung Kirchmanns aufrecht zu erhalten ist. — Der Justizminister: Er müsse bestätigen, daß der verstorbenen Wenzel, dessen große Ehrenhaftigkeit über allen Zweifel erhaben sei, diese Anerkennung seiner obersten Behörde gegenüber gethan habe. Er (der Justizminister) habe das Verhältnis so übernommen, wie es liegt. Er saß das Verhältnis so auf, daß der Appellationsgerichts-Vizepräsident bis 1865 beurlaubt sei und daß eine Berufnahme einzeitig nicht erfolgen könne. Ihm (dem Justizminister) gegenüber habe der Appellationsgerichts-Vizepräsident Kirchmann nur erlaubt, daß er auf seinem Urlaub nur verzichten wolle, wenn er nicht genötigt wäre, nach Ratisbon zurückzugehen. Der in dem Bericht abgedruckte Brief des Abg. v. Kirchmann sei nicht durch ihn der Kommission übergeben worden.

Der Präsident: Er habe nicht gehört, daß der Abg. Taddel einen Angriff auf die Ehrenhaftigkeit des verstorbenen Wenzel gemacht. — Abg. v. Kirchmann: Er werde an der Abstimmung nicht Theil nehmen. Seine Tätigkeit in Ratisbon werde jetzt nicht mehr dieselbe sein, wie früher; seine Stellung werde auch nicht frei von Unzuträglichkeiten sein. — Der Justizminister macht tatsächliche Bemerkungen, weist das legale Verfahren der Behörden nach. Die Regierung müsse sich stets freie Entschließung bei der Amtstätigkeit von Beamten vorbehalten. — Abg. Waldeck: Es sei hier keine persönliche Angelegenheit, sondern eine allgemeine, und der Herr Justizminister habe sich auf ganz ungesetzliche Vorgänge berufen, auf oltzonierte Verordnungen, an Stelle von gesetzlicher Vorschrift. Die Volksvertretung hat das Recht zu fragen, warum hat man den Vizepräsidenten verhindert, seine Funktionen auszuüben? Man wird dann nur antworten können: wegen seiner politischen Antecedentien. Die Erklärung Wenzels lasse sich nur so deuten, daß Wenzel es nicht für gut hielt, so abnormale Zustände fortzubauen zu lassen, denn Kirchmann konnte je seine Funktionen nicht ausüben. Wölfe der Justizminister nicht auf die Vergebung Kirchmanns eingehen, so müsse Herr v. Kirchmann keinen Platz einnehmen. — Abg. v. Vincke: Das Haus befindet sich in der anomalen Lage, über einen Abgeordneten in dessen Gegenwart zu verhandeln, was bisher nie vorgekommen sei. Herr v. Kirchmann möge besser das Haus verlassen. Der Chef der Justiz habe gar nicht anders handeln können als er gethan. Die Gründe, die Wenzel zu seinen damaligen Ausführungen bewogen, waren nicht politische, sondern andere, amtielle Gründe. — Abg. v. Kirchmann: Das Haus sei kein Gerichtshof und jedes seiner Mitglieder könne an den Verhandlungen Theil nehmen. Er habe wohl Wenzel in einzelnen Sitzungen vertreten. Wenzel war aber wegen seiner Stellung als Abgeordneter  $\frac{1}{2}$  Jahr abwesend und während dieser Zeit sei seine Stellvertretung nicht ihm (dem Redner), sondern einem ihm untergeordneten Rath übertragen werden. — Abg. v. Hoyerbeck: Herr v. Kirchmann habe gar nicht das Recht gehabt, einen so langen Urlaub zu fordern, er hätte dem Justizminister keine Bedingungen stellen dürfen, sondern seine Beschäftigung fordern müssen. — Die Diskussion ist geschlossen. — Der Referent bittet um Annahme des Antrages aus Achtung vor dem verfassungsmäßigen Rechte des Hauses. — Der Antrag wird mit sehr großer Majorität angenommen. — Die ersten 14 Titel der Ausgabe werden genehmigt. (Der Präsident Grabow übernimmt den Vorfall, Abg. Taddel das Referat.) — Zu dem Titel: Andere persönliche Ausgaben hat der Abg. Rohden den Antrag gestellt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, gegen die königl. Staatsregierung es als nicht ferner zulässig zu erklären, daß den in der Gehaltsklasse von 600 Thlr. stehenden Einzelbeamten bis zu ihrem Eintritt in die Gehaltsklasse von 700 Thlr. eine persönliche Bulage von 100 Thlr. aus den Normalgehalten der höheren Klassen der Richter 1. Instanz gezahlt werden.“ — Abg. Rohden begründet seinen Antrag dadurch, daß der Beamte auch in die Bezüge der Staaten treten müsse, zu welcher er berufen worden. Seit Jahren sei die Abhängigkeit dieses Lohnstandes verlangt worden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen müssen die Kreisrichter je nach ihrem Dienstalter in die 5 Gehaltsstufen von 600 Thlr. bis 1000 Thlr. einrücken. Das Haus habe sich auch schon bei Gelegenheit einer Petition im Jahre 1860 für die soeben zum Grunde gelegten Normen ausgesprochen. Die jetzt bestehenden Maßregeln hindern den Richter zu wissen, auf welcher Gehaltsstufe er zu stehen den Anspruch hat.

Der Regierungs-Kommissar: Der allerhöchste Erlass vom 12. November 1860 habe eben allen Willkürlichkeiten ein Ende machen wollen. Die Absicht der Regierung sei es aber, die Sache in Erwagung zu ziehen. Die Regierung wolle aber keinen Fonds dazu gründen, sondern sie halte es für zweckmäßiger, die Bulagen nach bestimmten Abstufungen und Sätzen zu gewähren. Damit wollte die Regierung mit dem 1. Januar 1863 anfangen, indem sie mit den geforderten 21600 Thlr. der ersten Hälfte der Mitglieder der Gehaltsklasse von 1000 Thlr. selbst wenn sie Eingelichter sind, durchschnittlich eine Bulage von 100 Thlr. gewähren werde. — Abg. Immermann: Das bisher angewandte Auskunftsmitteilung sei ein ganz eigenständiges. Das wäre so, als wenn er Jemanden unterstützen wolle und er griffe anstatt in seine in anderer Leute Tasche. Das Gehalt der Richter sei unwürdig ihrer ganzen Stellung. Redner erwähnt, daß ein Richter, welcher bereits 1861 in die höhere Gehaltsstufe eingetragen war, auf die entsprechenden Bezüge bis zu diesem Tage noch warte. Er wundert sich, daß die Kommission keinen Antrag gestellt und dankt dem Abg. Rohden, daß er dieser Verfassung abgeholzen habe. Es widersteht ihm, eine Parallele mit dem Militär-Etat zu ziehen, aber die Situation fordere dazu auf. Im Justiz-Etat würden statthaft Gelder den Berechtigten entzogen und das sei ein Kriterium für die verschiedenen Grundfälle der Beurtheilung. Er spreche im Interesse einer anständigen Justiz-Verwaltung und es sei kaum zu glauben, daß man einen solchen Zustand bis jetzt aufrecht erhalten habe. Es handle sich um einen nur kleinen Betrag und es ergab sich, wie ungerecht die preußischen Finanzen wären. — Der Referent erklärt, daß er keinen Grund habe, dem Antrag zu widersprechen, vielmehr wolle er seinerseits denselben befürworten. — Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

Zu den folgenden Titeln bis incl. 25 ist kein Antrag gestellt. — Der IX. Antrag der Kommission lautet: „das hohe Haus wolle beschließen: die nachgeführte Erhöhung des Fonds zu Unterstützungen bei den Gerichtsbehörden von 3000 Thlr. abzufügen.“ — Die Abg. Lette und Schulze sind gegen den Antrag, Abg. Blaschmann für denselben. — Der Justizminister: Die Befoldung der Richter sei zwar nicht eine unmündige, aber doch eine geringe. Die früher bewilligten Fonds seien bestimmt gewesen zur Unterstützung richterlicher Beamten aller Kategorien und Staatsanwalte in Krankheiten; die Beamten hätten sich vermehrt, der Fonds sei nicht mehr ausreichend und daher die Erhöhung von 3000 Thaler, wie es einer humanen Verwaltung würdig sei. Wollte man diese Unterstützungen missbilligen, so müßte man den ganzen Fonds streichen. — Abg. Bassenge (Lauenau) fragt den Justizminister aus welchem Fonds er Gratifikationen an Beamte für außerordentlich geleistete Dienste zuweise. — Der Justizminister: Ich habe keine Fonds zu Gratifikationen; in einzelnen Fällen kommen Ersparnisse vor und die werden unbefoldeten Beamten zugewendet, welche zeitweise gearbeitet haben. — Die Abg. Kintzeln und Krieger (Goldap) für den Antrag. Letzterer führt die Unabhängigkeit des Richterstandes als Motiv für den weiter gehenden Antrag der Streichung der ganzen 8000 Thlr. an. Dieser Fonds sei ein gelegentlicher, ein verfassungswidriger. — Abg. Bassenge (Lauenau): Er habe die jährlichen Gratifikationen an befoltete Richter im Auge gehabt, die der Unabhängigkeit des Richterstandes gefährlich seien. — Ebenso spricht sich Abg. Dubahl aus. — Abg. v. Vincke: Das Haus müsse gegen den Antrag stimmen, um zu dokumentieren, daß die Richter durch Gratifikationen in ihrer Unabhängigkeit nicht gefährdet werden können. — Abg. Immermann: Herr v. Vincke möge den Richtern im Hause es selbst überlassen, ihre Ehre zu wahren. (Oho! Oho! rechts; Sehr wahr! links.) — Abg. v. Vincke: Das Land habe die Überzeugung, daß ein preußischer Richter durch Gratifikationen seine Unabhängigkeit nicht verlieren würde.

Abg. Schulze (Berlin): Es handle sich hier um eine principielle Frage, um das ganze Gratifikationssystem, das allerläufigste Mittel, um den Richtern einen angemessenen Gehalt zu erzielen. Der Richter soll sein Recht fordern dürfen, nicht von der Gnade abhängen. Durch die Bewilligung aus diesem Fonds seien allerdings in manchen Fällen Bedürfnisse befriedigt worden, in anderen Beeten habe man aber auch einen ganz andern Gebrauch von diesen Geldern gemacht. — Der Justizminister: Es handle sich hier nicht um Gratifikationen, sondern um eine Unterstützung; würden 8000 Thlr. vertheilt, so kämen auf jeden Richter 3 Thlr. Er verwahre seine Amtsvergänger gegen den Vorwurf, bei Berichtigung der Fonds von politischen Rücksichten geleitet worden zu sein. — Abg. Immermann bleibt bei seinem Ausdruck. — Abg. Lette meint, daß 8000 Thlr. zu wenig sind, wenn man gründlich helfen wolle. — Abg. Krause (Magdeburg) vermisst die Motivitäten des Kommissionsantrages; wolle man dem Ministerium ein Misstrauensvotum geben, so richte man es so ein, daß die armen Beamten nicht darunter leiden. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Abg. v. Vincke vindictiert sich das Recht, ebenso im Namen des Landes zu sprechen, wie Herr Zimmermann und Herr Krieger (Goldap). Es besteht allerdings ein sachlicher Unterschied zwischen Unterstützung und Gratifikation, der aber nicht immer herauszuerklären sei; daraus könne allerdings eine Verfassungswidrigkeit herbeigeführt werden. — Abg. v. Forckenbeck: Gegen den gemachten Vorwurf der Bequemlichkeit müsse er die Kommission dadurch wahren, daß er darauf auferkämpft macht, wie die Gründe des Antrags allerdings angegeben seien, mir nicht da, wo der Abg. Krause sie gesucht habe. — Der Justizminister: Die Unabhängigkeit des Richters werde sicher nicht gefährdet, wenn er im Unglück eine Unterstützung findet. Das Unglück werde den Richter abhängig machen, nicht der Fonds. — Abg. Gneist: Man möge die Summe, um die es sich handelt, im Interesse der Menschlichkeit nicht verweigern. — Abg. Krause (Magdeburg) sieht zwar schwach, hat aber den Bericht wiederholen gelebt und darin nichts von einer Motivierung des Antrags gefunden. — Die Diskussion ist geschlossen. — Bei der Abstimmung wird der Kommissionsantrag mit geringer Majorität angenommen, die Erhöhung des Fonds um 3000 Thlr. also nicht genehmigt. — Die Titel 24 und 25 geben zu Ausschreibungen keinen Anlaß. — Ein malige extra ordinäre Ausgabe. Die 18 Titel derer und alle dabei von der Kommission gestellten Anträge werden ohne Diskussion genehmigt.

Etat pro 1863. Gegen den Antrag: „das Haus wolle beschließen, die Regierung aufzufordern, den Bußschlag von 6 Sgr. pro Thaler der Gerichtskosten so bald wie möglich, spätestens aber am 1. Januar 1865 in Wegfall zu bringen“, nimmt das Wort Abg. v. Vincke: Bei der Justiz verhalte es sich wie bei den Chausseegeldern; die Kosten werden von denen, die sie benutzen und Vorteile daraus ziehen, getragen. Redner stimmt den Ausführungen des Justizministers in seiner Erklärung bei der Generaldiskussion bei. Es sei auch unmöglich, heute schon über die Finanzlage des Staates im Jahre 1865 Beifall zu fassen. Das sei nicht Sache der Budgetkommission und es sei auch nicht im Interesse der Finanzverwaltung, auf solche Art über Staatsentnahmen zu disponieren. Die Regierung sei endlich gar nicht befugt, von 1865 ab den Bußschlag in Wegfall zu bringen, denn dieser Bußschlag beruhe auf einem Gesetze, das noch nicht aufgehoben ist. So formulirte Anträge müsse man vermeiden, denn sie stehen mit der Verfassung nicht im Einklang. — Abg. Dr. Lette wird für den Kommissionsantrag stimmen; er macht bei dieser Gelegenheit den Justizminister darauf aufmerksam, daß das Hypothekenwesen einer gründlichen Reform bedürfe und weist auf die Hypothekenordnungen in Mecklenburg und Sachsen hin. — Auch Abg. Blaschmann spricht sich zu Gunsten des Antrags aus. — Abg. v. Hoyerbeck erwidert Herrn v. Vincke, der vorhin eine Illusion auf seine Anträge bei der Salzsteuer gemacht hatte, daß er bedauere, damals nicht den Beifall des Abgeordneten für Stargard gehabt zu haben und daß er sich damit tröste, die Zustimmung der Majorität des Hauses erhalten zu haben. — Die Diskussion ist geschlossen. — Der Referent vertheidigt den Antrag, welcher mit sehr großer Majorität angenommen wird. — Die fünf Titel der Einnahme werden genehmigt. — Ausgabe. Die Kommission beantragt, 900 Thlr., zur Verbesserung des Entnommens, der Oberstaatsanwalte bestimmt, abzuzeichnen. — Der Justizminister gibt die Gründe an, warum die Erhöhung vorgeschlagen worden ist; es wäre nämlich wünschenswerth gewesen, diese Gehälter etwas höher als die der Appellationsgerichtsräte zu normieren. — Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Osterath für den Antrag, des Regierungs-Kommissars und des Referenten Abg. v. Forckenbeck wird die Abstimmung genehmigt und den Kommissionsanträgen in Bezug auf die ersten 14 Titel überall ohne Diskussion beigetragen.

Zu Tit. 15, Befoldungen, nimmt der Abg. Weibauer das Mitleid des Hauses im Interesse der diätarisch beschäftigten Beamten in Anspruch, von denen manche 25 Jahre dienen, dann krank werden und im Krankenhaus in Notdurft enden. — Abg. Ottow: Es handle sich hier nicht um eine Gehaltsverbesserung, sondern um das Gutachten einer Ungerechtigkeit. — Der Regierungs-Kommissar: Es sei die Absicht, in den Jahren 1864 und 1865 mit der Beseitigung des Mißverhältnisses der Diätarien zu den etatsmäßigen Subalternbeamten weiter vorzugehen. — Der Abg. Schulze (Berlin) beantragt die Absehung des ganzen Fonds zur Unterstützung der Gerichtsbehörden und Verstärkung einer anderen Position um diese Summe. Diese 8000 Thlr. sollen nicht den Justizbeamten entzogen werden, sondern nur zur Aufbesserung der Gehälter einer Anzahl zu niedrig dotierter Richterstellen dienen. Um eine Unterstützung in einem Falle müsse der Richter habe kein Recht auf diese Unterstützung und sei der Willkür preisgegeben. Im Artikel 114 der belgischen Verfassung seien alle Befreiungen, wenn sie nicht auf einem Gesetze beruhen, verboten. Es handle sich hier keineswegs um ein Missbrauchsamt gegen das jeweils Ministerium, denn dazu sei der Antrag zu allgemein gehalten, gleichwohl habe man doch so lange keinen Grund zu einem besonderen Vertrauensvotum haben können, als man Disziplinaruntersuchungen gegen Richter wegen ihrer Vertheilung an den Wahlen schweben sehe. — Abg. Osterath ist gegen diesen Verbelehrungsantrag, weil man zu Ausgaben der Regierung die Initiative überlassen müsse und weil es nicht konstitutionell ist, Posten abzunehmen und andere Posten um die abgefesteten Summen zu erhöhen. — Abg. Reichenberger (Betzendorf) ist mit der Tendenz des Kommissionsantrages einverstanden und wird für denselben stimmen. In allen Fällen, wo Unterstützungen verlangt werden, täne es auf den Bericht an, es handle sich also um eine den Richter verlehnende Fürsprache. Der Richterstand würde sich vertrieben erachten können, wenn nur streng daran gehalten wird, daß vakant werdende Stellen alsbald wieder besetzt werden und daß aus den Gehältern nicht mehr Pensionszuschüsse gegeben werden.

Nach Bemerkungen des Abg. Grafen Bethusy-Huic wird die Diskussion geschlossen; es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. Krause (Magdeburg) und Schulze (Berlin), gegen dessen Antrag sich sodann der Referent Namens der Kommission erklärt, weil hier ein Prinzip dem andern entgegentrete. Der Fonds von 5000 Thlr. sei übrigens ein alter, hergebrachter und mit dem Abzeichen der 3000 Thlr. werden allen Bedenken Rechnung getragen. Darum möge man es bei dem Kommissionsantrag beibehalten, d. h. den Fonds auf 5000 Thlr. normieren und nicht auf 8000 Thlr. erhöhen, wie es die Regierung verlangt. — Das Haus entspricht diesem Antrag, womit der Antrag abgelehnt ist. — Die 22 Titel der einmaligen Ausgaben werden nach den Kommissionsanträgen angenommen. Das Haus beschäftigt sich nun mit Petitionen im Anschluß an diesen Etat. Sie sind zumeist von Gerichtsbeamten aus gegangen und werden theils durch Übergang zur Tagesordnung erledigt, theils, in so weit es sich um Einführung eines Ascensionsystems der Kreisgerichtssekretäre etc. innerhalb der Appellationsgerichtsbezirke handelt, der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem der Justizminister unter allgemeinem Beifall erklärt, daß er die Petitionen, nachdem sie ihm überwiesen, genau prüfen wolle, daß er glaube, den Petenten könne zum großen Theile geholfen werden, daß er sich aber nicht versöhne, wie Mißstände da hervortreten würden, von denen die Petenten vielleicht nicht Rechenschaft gegeben haben. — Der Etat ist durchberaten und damit wird die Sitzung um 3 Uhr 30 Min. auf Sonnabend vertagt. Tagesordnung: Petitionsberichte.

C. S. — Der Kriegsminister ist gestern in der Kommission, welche die Forderung von 1.400.000 Thlr. zu Marinezwecken zu berathen hat, persönlich erschienen und hat der Kommission die Umrisse des Gründungsplans für die preußische Marine vorgelegt.

## Lokales und Provinzielles.

M. Posen, 14. August. [Justistentag.] Bei den Verhandlungen des dritten deutschen Juristentages, die am 21. d. M. in Wien beginnen, wird auch Posen, wie wir hören, vertreten sein. Die österreichische Regierung hat den Theilnehmern auf allen österreichischen Bahnen freie Fahrt (II. Klasse) bewilligt, — ein Paroli, das man der preußischen Regierung bietet, welche bekanntlich, als die deutschen Juristen in Berlin tagten, nicht einmal eine Preiserhöhung gewährt hatte. Die Gäste erhalten freie Quartiere — was im teuren Wien schon etwas sagen will — und dadurch sowohl als durch die den Themenjüngern gebotene Aussicht, nach beendeten Versammlungen den Kaiserstaat nach allen Richtungen per Bahn durchstreifen zu können, ohne den eigenen Säckel allzuviel zu belästigen, dürfte bei dem dritten deutschen Juristentage eine ungemein zahlreiche Beteiligung erzielt werden.

[Die Starcavard-Poisen-Vahin] hatte für den Personenverkehr im Juli 1861 eine Einnahme von 21.969 Thlr. gegen 19.836 Thlr. im Juli 1861. Für den Güterverkehr betrug die Einnahme 50.903 Thlr. gegen 23.526 Thlr. im Juli 1861. Die Extra-Einnahmen betrugen 9123 Thlr. gegen 8303 Thlr. im Juli 1861; die Summa 81.997 Thlr. gegen 47.165 Thlr. im Juli 1861; die Mehr-Einnahme im Juli 1862 also betrug 34.832 Thlr.

L. Zarazewo, 13. August. [Wölfe; Kuriösrum.] Am vergangenen Montag wurden im Walde bei Gora 2 Rehe von den Wölfen verzehrt, noch an demselben Tage wurden die Lebewesen dieser Mahlzeit aufgefunden. Eine kleine Jagd, die in Folge dessen sogleich ange stellt wurde, blieb erfolglos. Daß die große Jagd am letzten Sonntagnachmittag ganz ohne Resultat blieb, lag besonders daran, daß die Treiber in zu großen Zwischenräumen aufgestellt waren. Nächsten soll nun wieder mit größerer Vorsicht auf die Beute gejagt werden. Gestern erschien ein Bauer athemlos bei dem Oberförster in Gora und erzählte, er habe soeben einen Wolf über eine Wiese laufen sehen, der ein zapplendes Thier mit sich fortziele. Gleich war Alles auf den Beinen, der Oberförster mit einigen Gehilfen eilte hin zu dem bezeichneten Orte und in der That läuft ein großes Thier und schleppet ein anderes im Rachen mit sich fort. Alle legen an, die Schüsse krachen und da liegt das Thier tot am Boden, während das von ihm Getragene davoneilt. Was aber ergab die nähere Besichtigung? Die hiesigen Jäger hatten einen Hund erfaßt, der einen Hasen im Maul fortgeschleppt hatte.

— Kosten, 13. Aug. [Unglückliche Rückkehr vom Ablauf.] Am 10. d. M. wurde in der Parodie Ponies die Laurentiusfest gefeiert. Auch aus dem benachbarten Dorfe Gryzyka waren Leute hierher zum Ablauf gekommen. G. wird von W. durch einen See getrennt, dessen Breite etwa 600 Schritt betragen kann, während der Landweg von diesem nach jenem Orte etwa eine halbe Stunde Zeit in Anspruch nimmt. Der Wirth B. aus G. zog es vor, mit seiner Frau und seinen beiden kleinen Kindern nach der Aadt den Rückweg über den See mit einem Kahn zurückzulegen. Der Wirth B. aus G. sollte ihnen das Geleit geben. Fünf Personen stiegen nun in einen alten Kahn, auf dessen mangelhafte Eigenschaften man die Ablauffahrer wohl auferkämpft gemacht hatte. In behaglicher Stimmung ruderte die kleine Gesellschaft nach dem nahen Ufer der Heimat zu. Aber der Kahn hatte Wasser geschnappt und stürzte um. Die Unglücklichen vermochten das Ufer nicht alle zu erreichen. Der Wirth B., der sein kleines Kind in den Armen hielt, sank mit ihm in den Fluthen den Tod; das dafelbe beklagenswerthe Los traf auch den Schneider K. aus Ponies. Die Ehefrau des verunglückten B. hielt das andere Kind in ihren Armen. Sie hatte glücklicher Weise sich am Kahn festgehalten, und durch ihre Geistesgegenwart rettete sie ihr eigenes und des Kindes Leben. Vom nahen Ufer aus bemerkte man zeitig genug das Unglück und die Gefahr, in welcher die Mutter mit ihrem Kind noch schwelte. Man reichte der Unglücklichen Stangen und sie fand sammelnd dem Kind noch mit dem Leben davon. Unglückhaft hatte der verunglückte B. mit dem K. nach dem Ablauf auch dem Gläschen und vielleicht zu viel — zugesprochen. Leider sucht ein großer Theil unserer Landleute auch hier, wie es fast überall in der Provinz noch geschieht, sein Point d'honneur bei Ablauffeierlichkeiten in diesem nichtswürdigen Lauf, was Unglück und Elend in allen Gestalten nach sich zieht.

— Krotoschin, 12. August. [Kommunalverhältnisse der Vorstadt Pläne; Rückkehr von Auswärtigen.] Bereits im Jahre 1847 stellten die Bewohner der zur Stadt Krotoschin gehörigen Vorstadt „Pläne“ bei der Königl. Regierung den Antrag, für den Umfang dieser Vorstadt die Mahl- und Schlachtsteuer aufzuheben und statt dieser die Salzsteuer einzuführen. Dessen Antrag wurde nach Erwägung der obwaltenden Verhältnisse nicht stattgegeben, weil in örtlicher Beziehung sich demselben erhebliche Schwierigkeiten entgeggestellt, indem die Vorstadt „Pläne“ unmittelbar mit der Stadt selbst zusammenhängt und eine Kontrolle des Imports mehl- und schlachtsteuerpflichtiger Gegenstände von dorther in die Stadt schwer zu handhaben sein möchte, und weil ferner bei dem Mangel an Verlässigkeit eines großen Theils der Bewohner der „Pläne“ Deraudationen bald überhand nehmen würden, wodurch die Moralität noch tiefer sinken könnte, wie es damals schon der Fall war. Die Einwohner der „Pläne“ waren jedoch mit diesem Bescheid höchst unzufrieden und brachten ihren Wunsch bei Gelegenheit immer aufs Neue zur Sprache, bis sie im Monat März d. J. in einer Immunitätsvorstellung am St. Michaelstag den König die gänzliche Freiheit der „Pläne“ von der Stadt Krotoschin und Bildung eines selbständigen Gemeindebezirks beantragten. Die Vorstadt „Pläne“ zählt gegenwärtig in 129 Häusern 1132 Einwohner, unter welchen in 274 Familien 57 Ackerwirthe, 24 Handwerker, 1 Lehrer und 192 Tagelöhner enthalten sind. Die den Pläner Einwohnern gehörige Ackerfläche enthält 1163 Morgen und zählen dieselben zu dem direkten Lämmererbetrag der Kommune überhaupt ad 2330 Thlr. nur 153 Thlr. Die Postremming der Vorstadt „Pläne“ von der hiesigen Stadt erscheint daher im öffentlichen Interesse nothwendig, noch im besonderen Interesse der Bewohner der Vorstadt zweckmäßig, da die Menge der die Vorstadt bewohnenden armen Tagelöhner stets ein großes Hindernis für die Prästationsfähigkeit als selbständige Gemeinde bleiben würde, zumal schon jetzt der bei Weitem größte Theil der von der hiesigen Stadtkommune für die Armenpflege erforderlichen Kosten auf die Einwohner der Vorstadt „Pläne“ verwendet wird. In Betracht aller dieser Verhältnisse haben auch die Herren Minister des Innern und der Finanzen unter 14. Juni

schlafend fand, dachte er eine passende Gelegenheit gefunden zu haben, sich für die gehabte Beleidigung zu entschädigen. T. revidierte die Taschen des Händlers, um ihn seiner Baarschaft zu entledigen. Dieses Vorhaben wurde dem T. jedoch erschwert, da der Händler auf der Seite lag. T. muste den Schlafenden umdrehen, um die Baarschaft aus der Tasche herauszubekommen. Bei dieser Gelegenheit und zwar als T. den Betrag von 17 Thlr. und einigen Silbergroschen eben aus der Tasche herauszuziehen, erwachte der Händler. Tros des nun geleisteten Widerstandes kam T. in den Besitz des Geldes, drohte sogar den Händler zu erschlagen, indem er demselben ein Taschenmesser an die Brust legte und entfernte sich. Mit Hilfe eines jungenen hinzugekommenen Briefträgers gelang es dem Verantwor-ten, den T. zu ergreifen. Dieser wurde sofort vor die konzentrierte Polizeibehörde gebracht, ihm der Betrag von 17 Thlr. abgenommen und dem Händler ausgeantwortet.

Bromberg, 13. August. [Aspirantenprüfung; Handwerkerverein, Konzert und Theater.] In den drei letzten Tagen der vorigen Woche fanden in dem heiligen evangelischen Schul Lehrer-Seminar die Aufnahmeprüfungen der Schulamtsaspiranten statt. Es waren gegen 70 junge Leute zur Prüfung erschienen, 24 von ihnen sind jedoch nur angemessen worden, da die Anzahl nicht mehr fassen kann. Aus der Stadt Wolfstein hatten sich allein 8 Aspiranten gemeldet, von denen indeß nur 2 reusierten. Das heilige Seminar ist übrigens sowohl in Bezug auf die Lehrkräfte als auch auf die Räumlichkeiten, wie ich höre, nur für 30 Böglings eingerichtet, obwohl sich gegenwärtig schon an 50 Böglings in demselben befinden werden. Budem ist das heilige das einzige evangelische Schul Lehrer-Seminar in der Provinz, wogegen dieselbe zwei bedeutend größere katholische Seminare besitzt, zu denen binnen Kurzem noch ein drittes, für 80 Böglings bestimmtes in Ern tritt wird. — Aus dem heiligen Handwerkerverein ist nach und nach schon eine erhebliche Zahl von eigentlichen Handwerkern ausgeschieden; erst am Montage wieder erklärte der Schneidermeister Dübeler seinen Austritt aus dem Vorstande, dem er seit Gründung des Vereins im Jahre 1848 angehört hat. In dem gegenwärtigen, aus 5 Personen gebildeten Vorstande befindet sich nur noch ein Handwerker, der Schuhmacher Radzewski, die übrigen Vorstandsmitglieder sind: der Lehrer Großkreuz von der Bürger- und Vorständen des Handwerkervereins und zugleich Lehrer an der von dem Handwerkerverein geleiteten und von ihm abhängenden Handwerkermittagschule, der Kreisrichter Kienitz, der Kaufmann Leisch und der Gartner-Ingenieur Wöhrmann. In Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Dübeler ist am Montage in der Vereinszusage der Rechner von der königlichen Ostbahn, Linke, gewählt worden.

Am Sonntags veranstaltete die Militärkapelle des 21. Infanterie-Regiments aus Gnesen ein Concert in dem 7. Meilen von hier entfernten Etablissement Myslenczum, wobei alle Vorbereitungen zu einem Volksfest, als Aufführung von Kletterstangen, von Würfeln und u. s. w. getroffen waren.

Trotz der großen Entfernung hatten sich doch gegen 400 Personen eingefunden, um an dem Volksfeste Theil zu nehmen. Die Münzpecen der Kapelle fanden vielen Beifall, zum Schlusse des Vergnügens begleitete dieselbe gegen 11 Uhr Abends das Publikum, verschiedene Märkte spielend, bis über 7. Meile nach der Stadt zu. — In unserem Sommertheater werden gegenwärtig seit einiger Zeit viele Benefizvorstellungen gegeben, die auch stets zu Gunsten der Benefizianten recht zahlreich besucht sind. Die Theaterlust ist, besonders wenn das Wetter den Aufenthalt im Freien erlaubt, in unserm Publikum eine stets rege. Das Stück „Der Goldfisch“ z. B. wurde gestern hier von der Germanischen Gesellschaft zum vierten Mal wiederholt und demnach war der Bühnraum ein gut besetzter. Große Anziehungskraft besitzt übrigens die Schauspielerin Fr. Göthe aus Wien, welche hier gastiert und gestern die „Laura“ spielte.

### Landwirthschaftliches.

— Aus der Provinz, 9. August. [Weber den Seidenbau Fortsetzung aus Nr. 180.] Wenn ich nun zum Betriebe des Seidenbaus übergehe — wodurch die vornehmsten Pflanzungen von Hecken und Bäumen erst ihre wahre Vermehrung finden — so muß ich denjenigen Gutsbesitzer, welche Gewächshäuser besitzen, einen bedeutenden Vorprung zuerkennen. Sie bedürfen keiner Neubauten, keiner kostspieligen Bautätigkeiten. Die Glashäuser sind der geeignete Ort zur Erziehung der Seidenwürmer, welche Licht, gleichmäßige Temperatur und unverdorrende Lust lieben. In den Monaten Mai und Juni, wo jene Räume in Anspruch genommen werden, läßt sich die Orangerie und der übrige Reichthum fremder Pflanzen schon dem stürzenden Bade der freien Atmosphäre anvertrauen; aus den vorhandenen Gefestellen erhält man ohne erheblichen Aufwand die Lager für ein gewaltiges Heer von Raupen. In den späteren Lebensperioden nehmend die Raupen mit einem sehr einfachen Lager vorlieb, welches nur aus gehobten, mit zollhohen Leisten versehnen Brettern zu befestigen braucht. Sollten sich aber auf einem herrschaftlichen Gute, wo man Seidenbauen betreiben will, weder ein Glashaus noch andere geeignete Räume vorfinden, da muß man natürlich neue Gebäude herstellen. Wenn der Besitzer einen Sinn für die Schönheit der Pflanzengewölbe hat, wenn er mit seiner Familie den größten Theil des Jahres an demselben Orte zubringt, und alle Zweige der landlichen Kultur gern selbst bearbeitigt, so wird er gewiß jenem Neubau die Form eines Gewächshauses geben. Will er aber die Seidenzucht mehr dem Fleiß seiner Gutseigentümer oder seiner Beamten überlassen, und sich mit mäßigen Interessen für die Anlagekapitalien begnügen, was unfehlbar bei einem reichen Manne der schönste und edelste Zweck wäre, dann wird seine Sorge nur dahin gehen, die Wohnungen seiner unmittelbaren Untergaben auf menschlichen Fuß und so einzurichten, daß während der Seidenzucht eine Einschränkung der Familien ohne Gefahr für ihre Gesundheit eintreten kann. Den wohlthätigen Einfluß, welchen dieses Verfahren auf die Umgestaltung unserer Gutschöfe und in der Folge auch durch den Nach-

ahmungstrieb bei den kleineren Grundbesitzern auf die Verbesserung aller ländlichen Wohnungen ausüben müßte, wird Niemand in Abrede stellen. Es werden allmählig die Schutthaufen verschwinden, worin so viele Menschen ein hämmliches Dasein fristen, was wirkliches Elend erregt; den lebenden Strahlen der Sonne wird endlich der Eingang durch helle Fenster gestaltet und ein freundlicheres Familienleben zu beleuchten vergönnt sein. Dabei wird auch in den Geistern neues Licht entstehen und die Sehnsucht nach höherer moralischer Vervollkommenung der ländlichen Bustände erwachen.

Was die Arbeitskräfte anbetrifft, so ist durch genau angestellte Untersuchungen vom Herrn Seminarlehrer Kiszewski zu Paradies, dargethan worden, daß eine aus 6 Personen bestehende Familie mit der Erzeugung von 50 Pfund reiner Seide zu Stande kommen kann, wenn namentlich die Kinder einen Theil des Laubes zu sammeln vermögen, was sich bei den Heckenanlagen und niedrigen Bäumen leicht erreichen läßt. Den älteren Mitgliedern würde hauptsächlich die Rüttelung und sonstige Pflege der Würmer überlassen bleiben. Mit gesteigertem Ertrag wächst natürlich auch die Zahl der erforderlichen Menschenhande und dies ist für den Betrieb in so großer Ausdehnung umso mehr hinderlich und schwierig, weil alle Arbeit mit Ausnahme des Haupels sich auf den Beitraum weniger Wochen zusammen drängt. Aber andererseits wird das Geschäft des Seidenbaues wieder dadurch erleichtert, daß in jeder Periode nach Beendigung der Aussaat die Feldarbeiten einige Ruhe gestalten und die Herbeischaffung des Laubes durch Wagen und Pferde geschehen kann. Der schon erwähnte sehr achtbare Seidenbauer Herr Kiszewski zu Paradies, erzählte mir, daß er in den ersten Jahren nach dem Laube für seine Raupen 2–3 Meilen weit lädiere, bei dem Mangel an hinreichenden Arbeitskräften hohes Tagelohn bezahlen mußte, und dennoch nach Abzug aller Kosten einen nicht unerheblichen Gewinn batte. Eine ähnliche Mitteilung brachte Ihre geachtete Zeitung in Nr. 167 von Breslau aus, wo sich ein dortiger Seidenzüchter das erforderliche Laub für die Raupen in einer Entfernung bis 2 Meilen herbeiholen mußte. Ein ernster, männlicher Wille darf sich durch solche Schwierigkeiten nicht entmutigen lassen. Das glückliche Gelingen des neuen landwirtschaftlichen Erwerbs zweiges ist also in der heiligen Provinz gar nicht zu bezweifeln, wie dies unsere bekannten Seidenbauer hinlanglich und in rühmlichster Weise nachgewiesen haben. Dies Unternehmen wird demnächst Gutsbesitzer, der mit richtiger Einsicht und gehöriger Sachkenntniß alle Arbeiten zu ordnen weiß, eine reichliche Quelle des Wohlstandes gewähren, ohne ihm die Gaben der Ceres zu verklammern; die Quelle der Armut, die bei uns auf dem Lande noch so sehr hervortritt, wird durch eine höchst einträgliche Verhüttung selbst der schweren Arbeiten untauglichen Personen immer mehr vertheidigen, dem Lande selbst werden bedeutende Kapitalien, ohne Beinträchtigung anderer Industriezweige gewonnen und erhalten werden.

(Schluß folgt.)

München, 9. August. Hoffen verpreßt  $\frac{1}{2}$ -Ernte, da die bisherige Witterung hiesfür sehr günstig war.

### Vermischtes.

\* Hier in Berlin wurde vorige Woche ein selthames Jubiläum gefeiert. Der bekannte Gerichtsarzt und Lehrer der forensischen Medicin, Heinrich Med.-Rath Dr. Casper hielt am 5. vor der tausendsten Leiche, die auf seinem Securis zur Obduktion gebracht ward, eine bezügliche Ansprache an seine Zuhörer.

\* Mannheim, 10. August. Am 6. d. fand hier die Civiltrauung des Predigers der deutsch-katholischen Gemeine, E. Scholl, mit einer israelitischen Braut durch die Stadtdirektion statt.

\* Die Stadt Gießen ist im Erzgebirge ist in der Nacht vom 10. zum 11. August von einem großen Brandungsluck betroffen worden: 50 Häuser, darunter die Kirche, das Rathaus, die Pfarre, der Markt und ein Theil von Rottensee liegen in Asche.

\* Das Festprogramm für die 23. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe (vom 13. bis 19. September 1. 1862) zu Würzburg enthält im wesentlichen Folgendes: Am Nachmittag des 12. September Empfang der Gäste, am Abend gesellige Zusammenkunft in dem Saale der Schwanenhalle. Während der Tage vom 13. mit 19. September finden 3 Plenarversammlungen, 4 landwirtschaftliche und 3 forstwirtschaftliche Sektionssitzungen statt. Exkursionen werden am 15. und 17. unternommen, von den Landwirthen nach Rütsingen zur Besichtigung von nenerlich ausgeführten Weinlakturen, Vorführung der unterfränkischen Wiesen- und Weinbauschule im lebendigen Gesamtgebilde und zur Einsicht der Errichtungen der berühmten Chemnitz'schen Export-Bierbrauerei, dann nach Schweinfurt zur dortigen Tierschau; von den Forstwirthen in den Göttinger und in den Granschäfer Wald, wobei zugleich für entsprechende Restauration Sorge getragen ist. Die Eröffnung der landwirtschaftlichen Maschinen- und Geräte-Ausstellung, welche viel Interesses zu bieten verübt, findet am 13., die Eröffnung der Blumen- und Obst-Ausstellung am 14. statt. Hieran schließen sich: Am Vormittag des 14. von Seiten der Stadt ein Déjeuner, mit den wohlbekannten Weinen des Biergärtners, am Nachmittag Karneval. Am 15. Nachmittags ländliches Fest im Göttinger Wald. Am 16. Festball der Harmonie-Gesellschaft. Am 18. Besuch der ärztl. Weinberge und des lgl. Hofellers. Am 19. Ausflug in den lgl. Hofgarten zu Weitshöchheim. Jeden Mittag gemeinschaftliches Essen und jeden Abend gesellige Unterhaltung im Saale der Schwanenhalle. — Allen Land- und Forstwirthen, welche diese Versammlung besuchen werden, sichert die inerniedliche Thätigkeit des Quartier-Komites eine gäuliche Aufnahme, der herzliche und entgegenkommende Sinn der Bewohner Würzburgs heitere, genügsame Fest-

tage. Der Beitritt zu der Versammlung ist völlig unabhängig von der Angehörigkeit an irgend welchen land- oder forstwirtschaftlichen Verein; Anmeldungen können unter der Adresse: „An das Präsidium der 23. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe zu Würzburg, sofort erfolgen.“

### Telegramm.

Beim Schluss der Zeitung geht uns folgendes Telegramm zu:

Berlin, 14. August. Die heutige „Sternzeitung“ bespricht in einem Leitartikel die Besorgnis einer vermeintlich bevorstehenden Verfassungskrisis gelegentlich der Berathung des Militäretats und findet, daß die Schwierigkeit darin besteht: daß die Verfassung darin eine Lücke habe, was zu thun sei, wenn der Staat etwa nicht rechtzeitig zu Stande komme. Im weiteren Verlauf des Artikels sagt das Blatt: Es kann nicht erwartet werden, daß die Regierung in eine Verkürzung des Staatshaushaltsets willige, durch welche das Werk der Armeeorganisation vernichtet würde. Die Regierung würde ihre heiligste Pflicht verleben, wenn sie zur Durchführung einer für das Staatswohl unerlässlich erachteten Reform nicht von ihrer verfassungsmäßigen Stellung in voller Ausdehnung Gebrauch mache. Sollte bedauerlicherweise eine Verständigung nicht erreicht werden, so wird die Staatsregierung unzweifelhaft nach den ihr durch die Verfassung zugewiesenen Rechten und Pflichten ihr weiteres Verhalten regeln, und darf die „Sternzeitung“ gehässige Verdächtigungen wegen eines beabsichtigten Staatsstreichs und Verfassungsbruchs mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Welchen Weg die Regierung eventuell im Hinblick auf die Verfassung einzuschlagen hat, kann sich nur nach der Natur der andererseits gesetzten Beschlüsse richten, nicht aber vorausbestimmt werden.

### Angekommene Fremde.

Vom 14. August.

**NOTEL DU NORD.** Fräulein v. Brejaska aus Tarnovo, die Rittergutsbesitzerin v. Mojszejow aus Jeziorki, v. Chłopowksi jun. und Frau Rittergutsbesitzerin v. Chłopowska aus Rothdorf.

**OEHRIG'S HOTEL DE FRANCE.** Die Kaufleute v. Przespolenski und Kłoski aus Breslau, Gutsbesitzer v. Skolnicki nebst Frau aus Trzefino, Oberstmann Kług nebst Frau aus Wadowice, Frau Hauptmann v. Arnsztadt aus Samter, Bereiter Kosterski aus Roztoka und Tuchfabrikant Lachmann aus Sorau.

**SCHWARZER ADLER.** Rittergutsbesitzer v. Brzestki aus Jabłkowo und Gutsbesitzer Schlarbaum aus Gortatow.

**STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Die Kaufleute v. Bimmermann aus Mühlhausen, die Kaufleute Roberts aus Hamburg, Leichtenberg aus Stettin und Wallisch aus Leipzig, Fabrikant Gadebusch aus Bremen, Rentier Adlersberg aus Erfurt, Kaufmann Kremer und Eisenhersteller Clausing aus Riga, prakt. Arzt Dr. Rudolfow aus Birke, Rittergutsbesitzer v. Kowalski jun. aus Polen und Bürger Swanius aus Petersburg.

**MYLIUS HOTEL DE DRESE.** Die Rittergutsbesitzer Kunann aus Sieroslaw, Gottschling nebst Frau aus Schleien und Freudenthal und Gießmannsdorf, Rittergutsbesitzer und Amtsrath Teichmann aus Sieroslaw, Inspector Gottgetreu aus Berlin, die Kaufleute Blecher aus Paris, Kobliński aus Breslau und Petelsmann aus Bielefeld.

**BAZAR.** Redakteur Dr. Baciewicz aus Warschau, Frau Gutsbesitzer v. Lubieška aus Kęziny, die Gutsbesitzer v. Kozłan aus Litauen, Graf Kwoilek aus Oprowo, v. Szoldski aus Deutsch-Puppen, Graf Dabrowski aus Kołaczkow, v. Radostki aus Kołaczkow, Hölzel aus Krakau, v. Krasicki aus Krasenow und v. Bronikowski aus Wilkow.

**HOTEL DE PARIS.** Die Gutsbesitzer v. Bablocki aus Dobry, v. Malczewski aus Swiniany und v. Brzestki aus Dorf Krzyżanów, Gutsbesitzer Stanisławski aus Kęziny, die Gutsbesitzer Mittelstadt aus Nieprzezwido und v. Dalejewskia aus Domaslawo, Kunigärtner Szawłowski aus Stawiany, Probst Weichmann aus Gęzjewo, Wirtschaftsbeamter Götz aus Mitzewo, Delonom Wulfowski aus Glinno, Frau Bürger Seiffert aus Gniezen und Kaufmann Dobisch aus Breslau.

**HOTEL DE BERLIN.** Justizrat Kwadrowski nebst Frau aus Gniezen, Oberförster Szepkowski aus Mielzyn, Professor Jenisch aus Königsberg i. Pr., Gutsbesitzer Szapski aus Michorowo, die Kaufleute Werner aus Borek und Victorius aus Graudenz.

**BRESLAUER GASTHOF.** Die Handelsleute Drechsler aus Zdum und Müller aus Zions.

**PRIVAT-LOGIS.** Frau Doktor Biesel aus Leobschütz, Mühlstraße 3; Kaufmann Wollenberg aus Gniezen, Kanonenplatz 9.

### Inserate und Börsen-Nachrichten.

#### Bekanntmachung.

#### Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Kempen,

#### Erste Abtheilung.

Kempen, den 29. Juli 1862, Vormittags

9/10 Uhr.

Über das Vermögen des Gasthofbesitzers Adolph Kueckel zu Kempen ist der kaufmännische Konkurs eröffnet.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Apotheker Wolff hier selbst bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 19. September c.

Vormittags 9 Uhr

vor dem Kommissar, Herrn Kreisrichter Göller, im Inspektionszimmer anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Behauptung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas Geld, Papieren oder anderen Sachen

in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche

ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts

an denselben zu verfolgen oder zu zahlen,

vielmehr von dem Besitz der Gegenstände

bis zum 18. August c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse

Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt

ihrer etwaigen Rechte, eben dahin zur Kon-

fussumme abzuliefern. Verwaltungs- und an-

dere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger

des Gemeinschuldners haben von den in ihrem

Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige

zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an

die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger bestehend aus 100 Klastrern Eichenholz und 20 Klastrern Birkenholz, soll auf den Winter 1862/63 im Wege der Submission ausgethan werden. Zur Abgabe der Gebote haben wir einen Termin auf

den 28. August d. J.

anberaumt und fordern Lieferungsfähige auf, bis dahin ihre schriftlichen Offeren in einem versiegelten Kuvert bei uns einzureichen. Die Bedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden.

Posen, den 2. August 1862.

Erzbischöfsl. General-Konsistorium.

#### Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht,

#### I. Abtheilung.

# Dentifrice universel,

den heftigsten örtlichen oder rheumatischen Zahnschmerz sofort zu vertreiben. Preis à fl. mit Gebrauchsanweisung 5 Sgr.

Allerlei Niederlage für Posen bei Z. Zadek & Co., Neustadt Nr. 5.

Gute Gartenerde kann gratis abgeholt werden  
Kanonenplatz 3.

Eine freundl. möbl. Parterrestube nach vorne ist billig zu vermieten Venetianerstr. 4.

Ein gewandter und rüstiger Mann wird bei einem ländl. Fabrikgeschäft als Oberaufseher und Verwalter dauernd zu engagieren gewünscht. Erfahrung und Thätigkeit, wenn auch keine Fachkenntnisse sind Bedingung. Jähr. Geh. 350 Thlr. bei freier Wohnung, Holz und Beleuchtung.

Nit Belebung obiger Stellung ist beauftragt die landwirtschaftl. Agentur von D. Braun in Berlin, Mauerstr. 8.

Ein junger unverh. Forstbeamter mit Anspruch auf Forstversorgung sucht baldigst eine Stelle als Forstverwalter, Förster oder Buchhalter. Gute Zeugnisse, so wie Empfehlungen angehört. Personen können nachgewiesen werden. Geehrte Refl. wollen gefälligst ihre Offerten vom 20. bis 30. August sub M. L. poste rest. Posen einenden.

Ein Feldmeister, der das Eintheilen der Felder in Schläge beorgen will, kann sich auf dem Dominium Jankowice bei Tarnow melden.

Ein Sekundaner oder Primaner, welcher der deutschen und polnischen Sprache gewachsen, wird als Lehrling für eine Apotheke geführt von E. Niche, in Grätz.

Ein beider Landessprachen mächtiger junger Mann mit den erforderlichen Vorkenntnissen findet Michaelis d. J. in der Apotheke des Unterzeichneten Aufnahme als Lehrling.

H. A. Kujawa in Ostrowo.

Eine Wirthshäuserin für einen städtischen Haushalt wird zum 1. Oktober d. J. gesucht. Nähere Auskunft ertheilt Herr Kommissionsrath D. G. Baarth.

Ein tüchtiger Dekonom, mit allen Branchen der Landwirtschaft vertraut, militärfrei, der polnischen und deutschen Sprache mächtig, sucht bald oder Michaeli c. eine entsprechende Stelle. Adresse C. D. poste rest. fr. Pleschen.

Männer-Turnverein.

Freitag, den 15. August: Hauptversammlung im Vereinslokal (Lambert'schen Saale). Gegenstand derselben ist: 1) Die Wahl eines Schriftworts. 2) Die Entfernung einer Deputation zu dem in Nowraclaw am 31. August stattfindenden Turnfeste.

Der Vorstand.

Jonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 13. August 1862.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe 4½ 102 G

Staats-Anl. 5 107½ bʒ u G

do. 50, 52 fconv. 4½ 100 B

do. 54, 55, 57, 59 4½ 102½ bʒ

do. 1856 4½ 102½ bʒ [102½ bʒ]

do. 1853 4½ 99½ bʒ [1859r]

Präm. St. Anl. 1855 3½ 123½ bʒ

Staats-Schuldch. 3½ 90½ bʒ

Kurz-Neum. Schuldch. 3½ 90 B

Berl. Stadt-Ob. 3½ 103 G

do. 3½ 90 bʒ

Berl. Börsen. Ob. 5 104 bʒ

Kur. u. Neu. 3½ 93½ bʒ

Märkische 4 101½ bʒ

Ostpreußische 3½ 89½ bʒ

do. 4 99½ bʒ

Pommersche 3½ 91½ bʒ

do. neue 4 01½ bʒ

Polenische 4 104½ G

do. 3½ 99 G

Westpreußische 3½ 89 B

do. neue 4 99½ bʒ

Kurz-Neumärk. 4 100 bʒ

Pommersche 4 100 bʒ

Posenische 4 99½ bʒ

Preußische 4 100 bʒ

Wein.-Westf. 4 100 bʒ

Sächsische 4 100½ G

Schlesische 4 100 G

Leipziger Kreditbk. 4 77½ bʒ

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Berlobungen. Stettin: Fr. Th. Lewin

mit dem Hrn. L. Ascher; Werder: Fr. Louise

Hinze mit dem Baummeister Fr. Koch; Hüttchen: Fr. A. Nomati mit dem Hrn. E. Klosch;

Lübeck: Fr. A. Levi mit dem Appell. Ger.

Ref. A. Senauff; Berlin: Fr. E. Wallach mit

dem Rittergutsbes. Weisse; Kösen: Fr. F. v.

Wolff mit dem Lieutenant B. v. Preßentin;

Hamburg: Fr. A. Lambrecht mit dem Lieute-

nant O. Goz.

Verbindungen. Berlin: Fr. M. Hell-

mund mit dem Hrn. F. Scheer und Fr. F.

Boe mit dem Hrn. R. Winkler, Fr. A. Hei-

del mit dem Hrn. A. Marquardt, Fr. Therese

Finsberg mit dem Hrn. D. Ladenberg, Fräulein

Sondermann mit dem Hrn. H. Ladenmann;

Fr. M. Larché mit dem Hrn. Volte und Fr. F.

W. Jacobi mit dem Hrn. S. Ebel; Tols bei

Massow; Fr. E. v. Seelhorst mit dem Hrn.

E. v. Schöning; Breslau: Fr. M. Eberth

mit dem Prof. D. Stobbe; Berlin: Fr. A.

Hauptmehr mit dem Hrn. L. Violet.

Geburten. Ein Sohn: dem Hrn. Dr. E.

Ludwig in Grünberg i. Schl.; dem Hrn. H.

Bertram, dem Bädermtr. W. Heimke und

dem Holzhändler F. Jänicke in Berlin, dem

Hrn. A. v. Lattorf in Kleiniet, dem Hrn. v. d.

Lübe-Rohlstorf in Calfow, dem Reg. Assessor

in Beuthow in Rudolstadt. Eine Tochter:

dem Hrn. E. Bercht, dem Hrn. F. Roy und

dem Hrn. L. Veit (Zwillinge) in Berlin, dem

Staatsanwalt v. Winterfeldt-Mentin in Brem-

lan, dem Forstinspektor Fr. v. d. Reck in

Magdeburg, dem Reutenant Hans v. Rostiz

Drzwecki in Pirna.

Todesfälle. Frau Oberbauräthne Busse,

Fr. L. Neumann, Frau A. Schulze, Frau A.

Berger, Fr. A. Wittow, Frau E. Lejeune,

Kammerdiener Berger und Frau S. Barth in

Berlin, Frau Ch. Prehn in Neustrelitz, Sch.

Lieuten. B. Kummel in den Preußen, königl.

Oberförster v. Ladenberg in Forst. Behdemic,

Kaufmann F. Cohn in Glogau.

Kellers Sommertheater.

Donnerstag, auf vieles Verlangen: Der

Goldtanz. Extra-Vorstellung. Entrée 5 Sgr.

Freitag, zum Benefiz für Herrn Leonhard:

Die Blinde von Paris. Drama in fünf

Acten nach dem Französischen von Herrmann.

Städtchen. Schützengarten.

Freitag den 15. August 1862.

großes Gartenfest mit Illumination,

Nachmittags- und Abendkonzert,

unter Direktion des Herrn W. Nikitski.

Anfang 5 Uhr. Entrée für Herren 2 Sgr.

Damen 1 Sgr.

Von 4 Uhr Nachm. Entenaufladen.

Skrzeluski.

## Lambert's Garten.

Donnerstag um 7 Uhr Konzert. (1 Sgr.)

Freitag um 6 Uhr Konzert. (1 Sgr.)

F. Nadea.

## Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 14. August 1862.

Fonds. Br. Gd. bez.

Posener 4% alte Pfandbriefe — 104½ —

3½ — 99 —

4 — neue — 99½ —

Rentenbriefe — 99½ —

Provinzial-Bankaktien — —

5% Prov.-Obligat. — 102 —

5% Kreis-Obligationen — 102 —

5% Odra-Mel.-Oblig. — 102 —

4½ Kreis-Obligationen 98½ —

4 Stadt-Oblig. 11 Em. — 98 —

3½% Staats-Schuldch. — 90½ —

4% Staats-Anleihe — —

4% Kreis-Anleihe — —

4% St. Anl. exkl. 500 — 102 —

5% Staats-Anleihe — 107½ —

3½% Brämen-Anleihe — 123½ —

Schlesische 3½% Pfandbriefe — —

Westpreuß. 3½% — —

Polnische 4 — —

Overfchl. Eisenb. St. Alt. Lit. A. — —

Priort. Alt. Lit. E. — —

Stargard-Pof. Eisenb. St. Alt. — —

Polnische Banknoten — 87½ —

Ausländische Banknoten — —

August 48½ —

August 50½ —

September - Oktober 50½ —

Spiritus, Stimmung niedriger. —

lofo 19 —

August 18½ —

September - Oktober 18½ —

Riböl 14½ —

September - Oktober 14½ —

Stimmung der Fondsbörse: angenehm.

Staatschuldch. 90½ —

Neue Posener 4% Pfandbriefe 99½ —

Polnische Banknoten 87½ —

Börsen-Telegramm.

Berlin, den 14. August 1862.

Roggen, Stimmung flau.